

Besitzerschein monatl. 80 Gr.
bei der Geschäftsstelle 3.50
in den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungshändler 3.80
durch die Post 3.50
anschl. Postgebühren
ins Ausland 6 80 Gr.
in deutscher Währ. 5 R.-M.
Fernsprecher 6115. 6275.
Tel.-Nr.: Tagblatt Posen.

Postredaktion für Polen
Nr. 200283 in Posen.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

RUBEROID
Alleinvertrieb
OSKAR BECKER
POZNAN
SW Moritz
59
DUPLIKAT
Anzeigenpreis: Zeitzeile (28 mm breit) 45 Gr.
für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen.
Reklamezeit 40 Groschen.
Sonderpreis 50% mehr. Reklamezeitzeile (90 mm breit) 135 gr.



Die wirtschaftlichen Aussichten Polens.

Herr Grabski hat sich für einige Tage nach Złopiane begeben, um sich von der begrenzten Erfahrung zu erholen, die die unablässige Arbeit zur Sanierung der Finanzen des Landes über ihn gebracht hat. Am nächsten Montag wird er nun seine große Rede zur Erörterung des Budgets für das Jahr 1925 halten, und man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß der Ministerpräsident auch bei dieser Gelegenheit den weitgehenden Optimismus zeigen wird, den er auch vor einigen Wochen an den Tag legte, als er der versammelten Presse seine Ansichten darlegte. Der Optimismus ist für den Schaffenden eine unbedingte Notwendigkeit, und vor allen Dingen für einen Mann, der eine so riesenhafte Arbeit unternommen hat, wie sie die Sanierung eines so außerordentlich in Verfall geratenen Finanzweises darstellt. Wir untersetzen haben diesen Optimismus mächtig mit den Tatsachen zu vergleichen. Und hierbei finden wir, daß Herr Grabski bisher in seinen Darlegungen die furchtbare Wirtschaftslage, die mit der Sanierung verbunden war, nicht nach Gebühr gewürdigt hat. Aber wir müssen zu geben, daß die Wirtschaftslage, nicht nur in Polen, sondern auch in anderen Staatsweisen, die eine energische Sanierung ihrer Finanzen vorgenommen haben, zu den unauflöslichen Erscheinungen gehört. So in Deutschland und Danzig. In Polen, wo man den Wagen jahrelang hemmungslos den abstrüttigen Weg der Inflation hinunterrutschen ließ, war es ganz besonders natürlich, daß einige Speichen brachen mußten, wenn man ihn in seiner raschen Fahrt nach dem Abgrund zu noch in letzter Minute aufhielt. Aber ohne diejenigen Eingriff wäre er unaufhaltsam in allen seinen Teilen zerstört.

Beachten wir nun die Lage, wie sie sich im nächsten Jahre mutmaßlich darstellen wird. Es läßt sich nicht leugnen, daß die besseren Steuererträge der Monate November und Dezember einen neuen Hoffnungsschimmer in die Gemüter der Beobachter hat fallen lassen. Während die Gesamteinnahmen im August 923, im September 89.7 und im Oktober bereits 130.1 Millionen betrugen, haben wir im November 137.6 Millionen zu verzehren, eine Summe, hinter der die Ergebnisse des Monats September, die noch nicht statistisch vorliegen, kaum nachzuholen werden. Man kann dieses günstige Ergebnis wohl darauf zurückführen, daß in den beiden letzten Monaten die Fälligkeitstermine für zahlreiche Steuern, so für die Vermögensabgabe und für die Bodensteuer, ablaufen. Man muß also bei der Beurteilung der Steuerfähigkeit in den kommenden Monaten bei der Einstellung der günstigeren Ergebnisse der letzten Monate einige Vorsicht walten lassen. Auch wird man bedenken müssen, daß die bessere Lage der Textilindustrie auch der Kohlenindustrie zum Teil mit der Notwendigkeit zusammenhängt, sich für den Winter einzudecken, daß man also nicht unbedingt auf eine endgültige Besserung schließen kann. Schließlich röhrt auch ein Teil der verbesserten Einnahmen aus den Zollleistungserlösen her. Zölle aber kommen von der Einfuhr. Eine vermehrte Einfuhr aber, die das politische Geld zum Lande hinausträgt, und die gegenüber der zurückgegangenen Ausfuhr zu einem Passivum in der Handelsbilanz führt, ist für die Gesamtwirtschaft eines Landes ein absolut ungünstiges Zeichen. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1924 betrug die Einfuhr zusammen 1002.9 Millionen, die Ausfuhr aber nur 895.7 Millionen. In Deutschland ist aber das Passivum der Handelsbilanz vorläufig noch bei weitem größer als in Polen, und es hat sich gezeigt, daß trotzdem das Wirtschaftsleben und vor allen Dingen die Stabilität der Goldmark nicht nachhaltig durch diesen ungünstigen Umstand gefährdet worden ist. Wenn auch die Verhältnisse in Polen, vor allen Dingen infolge der höheren Zinssätze für Kredite, viel ungünstiger liegen, so kann man doch aus dem Beispiel des großen Nachbarlandes in Polen einige Hoffnungen schöpfen, vor allen Dingen, wenn es Polen gelingt, eine größere Anleihe zu niedrigem (8 prozentigen) Zinsfuß zu erlangen. Ein solch niedriger Zinsfuß würde bald eine Rückwirkung auf die Zinssätze für Privatkredite ausüben, die jetzt in ihrer Höhe von 4 bis 6 Prozent monatlich die gesamte Lebensführung und Produktionskosten verteuern und die Konkurrenz mit dem Ausland unmöglich machen. Von geradezu vitaler Wichtigkeit ist es also für Polen, daß es eine Auslandsanleihe erhält. Angeblich sollen die Aussichten für eine Anleihe in der Höhe von 50 Millionen Dollar günstig stehen. Da aber von Seiten der Regierung das größte Stillschweigen in dieser Angelegenheit bewahrt wird, so kann man wohl mit Recht annehmen, daß der Abschluß einer solchen Anleihe noch keineswegs gesichert ist.

Die Geber einer solchen Anleihe werden sich naturngemäß sehr genau die gesamte finanzielle Lage Polens ansehen. Und hier ist es doch von Bedeutung, daß ein so ernster Beobachter, wie der englische Beobachter Hilton Young, nach einer in der englischen „Financial News“ vom 16. Dezember wiedergegebenen Aussicht seine Berechnungen im günstigen Sinne übertragen hätten.

Die Ausgaben im abgelaufenen Jahre betrugen einschließlich der Nachförderung 1715 Millionen. Wir wissen, daß hier von einem großen Teil, ungefähr 300 Millionen, durch einmalige, also nicht wiederkehrende Einnahmen (Anleihe, Gewinn) ergeben hat, daß also im Jahre 1925 bei der

Der Konflikt mit Danzig wieder verschärft.

Mac Donell steht auf dem Standpunkt der freien Stadt. — Eine Unterredung mit Minister Straßburger. — Neue Erregungen. — Protestbewegung in Warschau. — Verschiedene Meldungen.

Der Konflikt mit Danzig, der fast beigelegt schien, hat nunmehr durch die neuen Unterredungen eine Verschärfung erfahren, über die wir bereits näheres melden können.

Zur Klärung der Stimmungen wollen wir nachstehend verschiedene Nachrichten aus verschiedenen Quellen bringen, um so dem Leser Gelegenheit zu geben, ein rein objektives Urteil sich selber zu bilden. Wir hören die Stimmen der polnischen Presse und Stimmen der Presse des Auslandes, besonders solcher Kreise, die den Völkerbundsinnteressen nahestehen.

Mac Donell der Hohe Kommissar des Völkerbundes, hat sich in Polen wie ehemals sehr viele Feinde erworben, da er den Minister Straßburger erachtet, die Briefkästen abnehmen zu lassen, andernfalls er dem Senat die Vollmacht geben würde, die Kästen selbst abnehmen zu lassen. Die Presse in der großen Welt, besonders im neutralen Ausland (Schweiz, Holland, Schweden), ist auf die Briefkassen-Affäre aufmerksam geworden und ergibt sich in mehr oder weniger boshaften Kommentaren. Nun kommt noch ein neuer Streit hinzug. Bekanntlich hat Polen die Erlaubnis bekommen, in Danzig-Reufahrwasser ein Munitionslager zu unterhalten. Gegen dieses Munitionslager wurden sehr viele Stimmen laut, die mit den verschiedensten Gründen gegen diese Maßnahme anzutreten suchten. Danzig-Reufahrwasser gehört zu den schönsten Stellen der Danziger Umgebung. Der Ostseestrand bietet der Danziger Bevölkerung die beste Erholung. Danzig-Reufahrwasser wurde vom minderbemittelten Bürgerstand besucht, der sich das teure Boppot, Gletsch, Bohnsack usw. nicht immer leisten konnte. Nun werden dort die Wälder abgeholt werden und die Munitionslager werden dort angelegt. Dazu kommt noch die Explosionsgefahr, die bei einem Unglück, das ja nicht erhofft oder erwartet werden darf, die ganze Stadt Danzig, diese alte Kulturstätte des Nordens, in grohe Gefahren bringen kann.

Über die neuen Konflikte wird aus Warschau gemeldet:

Der Streit in Danzig, der beigelegt erschien, hat gestern eine neue Wendung zum Schärfsten erhalten. Der Hohe Kommissar des Völkerbundes Mac Donell schlug nämlich dem polnischen Vertreter in Danzig, Minister Straßburger, vor, sofort die in der Stadt verstreut angebrachten Briefkästen zu entfernen. Er begründete diese Forderung nicht damit, daß er Polen vorwirft, es hätte eine vollendete Tatsache geschaffen, sondern allein nur mit dem Wunsch, weiteren Zwischenfällen vorzubereiten. Minister Straßburger lehnte mit Entschiedenheit diese Forderung ab, worauf Mac Donell antwortete, er werde den Senat der Stadt Danzig ermächtigen, die Briefkästen wegzunehmen.

Der Minister Straßburger benachrichtigte sofort die polnische Regierung über diese Entscheidung, worauf gestern bereits eine Sitzung des polnischen Komitees des Ministerrates stattfand, auf der beschlossen wurde, Minister Straßburger in seiner Haltung absolut zu unterstützen. Diese Entscheidung des Hohen Kommissars, die doch gewiß nicht auf eine Willkür zurückzuführen ist, sondern sich aufgedrungen auf die gegebene Rechtslage stützt, ruft hier in Polen von neuem eine außergewöhnliche Erregung hervor.

Der stellvertretende Ministerpräsident Thugutt hielt gestern noch spät abends vor der versammelten Presse eine Rede, in der er sagt, daß die letzten Nachrichten aus Danzig Beunruhigung erwecken mühten. Man spreche von einem Druck, der auf den Generalkommissar Polens in Danzig ausgeübt werde, und man höre von einer Drohung, wonach der Senat Danzigs zur Willkür aufgesetzter werde. Es sei dies in den Beziehungen zu Danzig eine ganz unerhörte neue Tatsache. Polen sei entschlossen, sich auf sein Recht zu stützen, das nicht nur aus dem Buchstaben, sondern auch aus dem Geiste des Vertrages von Versailles herühre, der Polen den Zugang zum Meer sichert, und Polen sei bereit, dieses Recht auf dem normalen Wege vor dem Gericht, nämlich vor dem Völkerbundrat, zu verteidigen. Polen habe den Glauben nicht verloren, daß diese Institution geschaffen sei, um den Frieden zwischen den Völkern herzustellen, aber nicht, um die Interessen der Stärkeren zu schützen. (Doch hier die freie Stadt Danzig als stärkere bezeichnet wird, muß in Erstaunen versetzen, und man kann nur annehmen, daß Herr Thugutt in sehr markwürdiger Verkenntnis der Tatsachen die freie Stadt Danzig als eine englische ansieht.)

Es müsse aber jeder Eigenwillie in dieser Sache auf das entschiedenste ausgeschieden werden, vor allen Dingen aber dieser Eigenwillie, der sich nach einer Seite hin neige. Diese kleine Angelegenheit der Briefkästen aber zeigt, daß es sich hier um den großen Plan einer Stadt handelt, die ihre Lage nicht begreifen will, wahrscheinlich um die Einzelheiten eines großen Plans, der ohne unser Wissen und zu unserem Schaden gesetzt worden ist. Es ist unser Recht, diese Streitfrage absolut auf dem Wege zu regeln, der durch alle internationales Gesetze vorgeschrieben ist. Aber schlicht man diese Gesetze aus, so ist es nicht nur Eigenwillie, sondern eine Probe dafür, daß man derartige Streitfälle mit Hilfe von Gewalt entscheiden wolle. Hiermit könnte sich Polen in keiner Weise einverstanden erklären.

So weit Herr Thugutt, der, wie man sieht, unter dem Eindruck des Augenblicks vielleicht leidenschaftlicher gesprochen hatte, als er bei ruhiger Überlegung getan hätte. Inzwischen kommt die Nachricht, daß auch hinsichtlich des Baues eines Munitionslagers auf Weiterplatte es zwischen Danzig und Polen zu einer Meinungsverschiedenheit gekommen ist, da Danzig die von Polen ausgearbeiteten Eisenbahnländer nicht billigt und hierfür eigene Pläne hat. Die polnische Bahlinie soll durch den Wald nach Weiterplatte führen. Danzig aber protestiert gegen eine Riedelegung der Bäume, die die Stadt Danzig vor den Seesturm schützen. Der Senat hat in einer der letzten Sitzungen sich dem polnischen Plan zu-

Anzeigenpreis: Zeitzeile (28 mm breit) 45 Gr.
für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen.
Reklamezeit 40 Groschen.
Sonderpreis 50% mehr. Reklamezeitzeile (90 mm breit) 135 gr.

geneigt. Die freie Stadt Danzig will auch diesen Streitfall dem Hohen Kommissar unterbreiten mit der Bitte, um eine sofortige Entscheidung.

Während um 5 Uhr nachmittags die Sitzung des polnischen Komitees des Ministerrates stattgefunden hat, die die Haltung des Vertreters Polens in Danzig billigt, stand um 9 Uhr in der Wohnung des Seimarschalls noch eine Sitzung der Klubvertreter des Sejm statt, auf der auch der stellvertretende Ministerpräsident Thugutt anwesend war und in der ebenfalls die Haltung Straßburgers aufgezeichnet wurde. Daß die Warschauer Wähler den Vorfall mit einer Erregung besprechen, kann man sich denken.

Warschau, 14. Januar. Der Bericht über die Unterredung, die zwischen dem polnischen Generalkommissar, Straßburger und Mac Donell abgehalten wurde, ist nach einer Sondermeldung des „Kurier Poznański“, im politischen Komitee des Ministerrates, der sich um 6 Uhr abends im Belvedere versammelte, vom Ministerpräsidenten Grabski verlesen worden. Die erwähnte Unterredung dauerte zwei Stunden. Straßburger versuchte Mac Donell zur Anerkennung des polnischen Standpunktes zu bewegen. Die Unterredung stand in einem Augenblick statt, wo Mac Donell bereits einen fertigen Brief hatte, der den Danziger Senat zur Abnahme der Briefkästen ermächtigte. Als Straßburger den Brief gezeigt wurde, erklärte er, daß Polen sich bereits an den Völkerbundsrat gewandt habe, um in solcher Situation seinen Schritt als höchst illegal betrachten würde. Nach Informationspolitischer Kreise hatte diese Erklärung den Erfolg, daß Mac Donell die Abhandlung des Schreibens an den Senat zurückhielt.

In der Sitzung des politischen Komitees des Ministerrates trug der Premierminister den Plan des Vorgehens der polnischen Regierung im Danziger Konflikt vor. Der Plan wurde akzeptiert.

In Ergänzung der Nachrichten aus Danzig erfährt der „Kurier Poznański“, daß Minister Straßburger in der Unterredung mit Mac Donell diesen ganz entschieden davon wortete und ihm bedeutete, daß seine Regierung Sanktionen anwenden würde, wenn der Danziger Senat eigenwillig versuchen sollte. Mac Donell erklärte darauf, daß er am Donnerstag die endgültige Antwort geben werde. Am gestrigen Nachmittag sandte er Straßburger einen Brief zu, in dem er seinen Standpunkt präzisiert. Eine Abschrift ging an den Senat ab mit der Vollmacht der Veröffentlichung.

Kaltes Blut und Ruhe.

Bei einer Pressekonferenz gab Minister Thugutt folgende Erklärung ab: Die Lage hat seit gestern keine Änderung erfahren. Das ist insoweit gut, als nichts geschehen ist, was uns zu Beschlüssen zwinge, die für uns selbst zweifellos peinlich wären. Es ist aber auch zugleich schlecht, da es die Lage der Ungewißheit verlängert, die Bevölkerung nervös macht und Dinge verwirrt, die naturgemäß sehr einfach sind. Das unnötige Sogern und die Zweifel, die uns aus Danzig zu Ohren kommen, sind, denke ich, ganz überflüssig. Es wäre bedeutend besser und einfacher, die bisher bestehenden Mittel der Erledigung von Konflikten als einzig möglich zu erachten und die Angelegenheit auf einen Weg zu lenken, auf dem sie von der zuständigen Instanz in legaler Weise wird entschieden werden können. Was auch geschehen mag, die polnische Regierung wartet mit Ruhe und Entschiedenheit auf den Erfolg die weitere Entwicklung der Dinge ab. Nach den Stimmen der öffentlichen Meinung zu urteilen, die heute zu uns gelangt sind, scheint es mir, daß der von uns eingenommene Standpunkt von der großen Mehrheit der Bürger als richtig erkannt wird. Es bliebe mir nur noch übrig, um alle Unklarheit zu vermeiden, einen Punkt genauer zu präzisieren: In der von mir gestern angekündigten Abwehr illegaler Akte seien gewisse Presseorgane die Ankündigung eines Waffenkonflikts. Eine solche Interpretation wäre nicht ganz richtig. Polen wird jegliche Waffenakte so lange vermeiden, als es nur möglich sein wird. Deutlich gesagt: Polen wird die leichten Mittel anwenden, wenn auch nur ein Tropfen polnisches Blutes für diesen Konflikt vergossen werden sollte. Außerdem bleiben der Regierung eine ganze Reihe von Sanktionen zur Verfügung, die sehr empfindlich für diejenigen sind, die vom Wege des Rechts abgehen. In dieser ganzen traurigen Geschichte ist eine Seite, die sich für die Zukunft als nüchtern erweisen kann. Außer dem starken Beschlus, einen Alt der Willkür und des Unrechts nicht anzulassen, muß das polnische Volk in jedem Falle sehr sorgfältig bedenken, ob das Mittel des Fortwährenden Nachwesens um des lieben Friedens willen ihm geführende Vorteile bringt. Es ist höchste Zeit, sich zu vergegenwärtigen, daß die bisherigen Traktate, Konventionen und Verträge Schritt für Schritt unseren Ansprüchen und Bestand in Danzig herabringen. Das Meer ist von uns immer weiter entfernt. Danzig dagegen zieht aus den Beziehungen zu Polen Vorteile, die es in den Vorriegszeiten niemals hatte. Es genügt, daran zu erinnern, daß der rechtlich anerkannte Anteil an den Einkünften aus den polnischen Zöllen Danzig mehr gibt, als die normale Einkünfte irgend einer der Großstädte Polens betragen. Dieses Verhältnis, in dem jemand fortwährend gestoßen, noch dazu die großen Kosten des Spiels tragen muß, erscheint mir immer unnatürlicher, und deshalb wird man in nächster Zukunft dieses ganze Verhältnis einer sorgfältigen Revision unterziehen müssen.

Zum Schluss forderte Thugutt die Bevölkerung noch einmal auf, kaltes Blut und Ruhe zu bewahren und sich jeglicher Andeutungen zu enthalten.

Nächstlich geschwächten Steuerkraft des Volkes wohl kaum mit einer Summe von 333 Millionen, ja wohl kaum mit 200 Millionen zu rechnen ist. Neben diesem Ansatz kann natürlich auch ein Fehlbetrag bei den übrigen Steuern gegenüber den veranschlagten Beträgen entstehen. Aber dieser Fehlbetrag hängt gänzlich davon ab, ob es gelingen wird, die Wirtschaftskrise zu beruhigen, und hierfür gibt es, wie bereits gesagt, nur eine einzige Aussicht, nämlich die einer ausländischen Anleihe. Bleibt diese aus, so wird die Lage auch weiterhin gefährdend sein. Denn es stehen zur

Deckung größerer Defizite nicht, wie im abgelaufenen Jahre, einmalige Einkünfte in gleicher Höhe zur Verfügung.

Bei einem Vergleiche der beiden Jahre ist aber eine entschieden günstige Tatsache nicht außer acht zu lassen. Das abgelaufene Jahr brachte in Bezug auf die vom Staate betriebenen Unternehmungen eine erschreckende Enttäuschung, daß sie statt der veranschlagten 100 Millionen Einnahmen, kaum 10 Millionen erzielten. Die Hauptunternehmung des Staates ist aber die Eisenbahn, und hier läßt sich eine grundlegende Besserung nicht leugnen. Die Eisenbahnen werden, ebenso wie die anderen staatlichen Unternehmungen Polens, in der Form einer Privatunternehmung hinsichtlich ihrer Verwaltung überführt, was rein technisch einen außerordentlich günstigen Einfluß auf die Finanzgebarung hat. Trotzdem der Wagenpark der Bahn, wenn auch langsam, so auch im abgelaufenen Jahre stetig vergrößert worden ist, und es an Neubauten und anderen Investitionen nicht gescheitert hat, wurde es doch erreicht, daß die Bahnen ihre Ausgaben, einschließlich der für Neubauten nötigen Gelder, selbst verdienen.

Im abgelaufenen Jahre erhielten die Bahnen vom Finanzministerium nicht weniger wie 103 Millionen, davon dienten 40 Millionen als Subsidium für das nötige Betriebskapital, der Rest für Investitionen (Reparaturen, Neubauten usw.). Am 1. Januar 1924 hatten die Bahnen nur 8 Millionen złoty in ihrer Kasse, dieser Betrag wuchs aber auf über 40 Millionen an, so daß die Bahnen dem Finanzminister die für die Betriebsmittel zugeschossenen 40 Millionen zurückzahlen konnten. Für Investitionen wurden im Jahre 1924 92 Millionen angelegt, wozu der Staat (Finanzminister) 63 Millionen beisteuerte. Den Rest von etwa 30 Millionen brachten die Bahnen selbst auf, und da sich die Einnahmen mehrten, so soll im nächsten Jahre daran gedacht werden, zum ersten Male bei den Bahnen alle Ausgaben aus den eigenen Einnahmen zu decken. Welch' großer Fortschritt erzielt ist, wenn das ewige Defizit der Bahnen verschwindet, zeigt die Vergangenheit. Denn noch im Dezember des Jahres 1923 betrug das Defizit der Bahnen mit 43 Millionen bei weitem mehr als die damaligen sämtlichen Staatseinnahmen, die nach heutigem Geld auf — 31 Millionen zu stehen kamen!

Eine der entschiedensten Errungenschaften des vergangenen Jahres war zweifellos die Konsolidierung der den Amerikanern schuldigen Anleihen in der Höhe von 178,5 Millionen. Indem Polen sich auf diese Weise bereit erklärt, endlich den Zinsen- und Tilgungsdienst seiner Schulden in Amerika aufzunehmen, hat es den besten Weg eingeschlagen, um das völlig verlorene gegangene Vertrauen in den Vereinigten Staaten zurückzugewinnen. In gleicher Weise wirkte die Konsolidierung der sogenannten Relief-Kredite (Anleihen in der Höhe von etwa 200 Millionen, die Polen in den ersten Jahren seines Bestehens von den verschiedenen Ländern gewährt worden, und die in England konzentriert worden waren). Im ganzen wird Polen für den Zinsendienst der konsolidierten Anleihen jährlich nun 8 Millionen auszuwerfen haben, während ursprünglich im Budget 29 Millionen vorgesehen waren.

Die Tatsache aber, daß Polen seine Schulden bezahlt ist, wie gesagt, das beste Mittel, um den Weg zur Gewinnung einer Auslandsanleihe frei zu machen. Und wir wiederholen: von dieser Auslandsanleihe hängt die ganze wirtschaftliche Zukunft Polens ab.

Das provisorische Wirtschaftsabkommen zwischen Polen und Deutschland.

Gestern nachmittag unterzeichneten der polnische Delegierte für die deutsch-polnischen Verhandlungen, Dr. Karolowski, und der Delegierte der deutschen Reichsregierung, Wallrich, ein Wirtschaftsabkommen mit Geltung vom 10. Januar bis zum 1. April d. J. Während dieser Zeit wird jede der Parteien ihre autonomischen Befreiungen in der Höhe von 178,5 Millionen. Beide Parteien haben sich verpflichtet, in diesem Zeitraum in Bezug auf den Warenverkehr keine Verordnungen zu erlassen, die sich speziell oder auch vorwiegend auf den Warenimport der anderen Partei beziehen. Die polnische Regierung wird in dem angegebenen Zeitraum nicht die Verordnung über die Maximalzölle vom 22. November 1923 gelten lassen, die in Nr. 102 des "Dziennik Ustaw" veröffentlicht wurde, und die deutsche Regierung wird von der Durchführung der Verordnung über den Tarifkatalog absieben, die in Art. 10 des Gesetzes vom 25. Dezember 1922 bekanntgegeben wurde. Beide Parteien verpflichteten sich außerdem, in Bezug auf das Verbot der Ein- und Ausfuhr, die Beschränkungen in der Ein- und Ausfuhr, die Ausführungsgebühren und die Formalitäten der Zollabfertigung, sowie andere Formalitäten nicht den gegenwärtigen Stand der Dinge zu Ungunsten der anderen Partei in einer Weise zu ändern, die speziell oder vorwiegend der anderen Partei zum Schaden gereichen würde. Ferner verpflichteten sich die Parteien, am 1. März d. J. die Verhandlungen über ein Handelsabkommen zu beginnen.

Die deutsche Delegation erklärte hierbei, daß sie bei diesen Verhandlungen von dem Grundsatz einer generellen gegenseitigen Pflicht über die Meistbegünstigung ausgehen wünsche, und von polnischer Seite wurde das Zugeständnis gemacht, daß der Grundsatz über die Meistbegünstigung im Rahmen der Möglichkeit berücksichtigt werden können. Gleichzeitig nahm der deutsche Delegierte den polnischen Vorschlag an, unverzüglich in Verhandlungen über Fragen einzutreten, die in der vom Minister Olszowski mit der Reichsregierung am 9. Januar 1919 in Paris abgeschlossenen Konvention und der Declaracion von demselben Datum enthalten sind, soweit die betreffenden Probleme noch nicht während der in der zweiten Hälfte des Jahres 1922 und in der ersten Hälfte des Jahres 1923 in Dresden geführten Verhandlungen erledigt wurden. Zu diesen Problemen gehören folgende Fragen: Die Festsetzung, in welcher Höhe Deutschland sich an den Zahlungen der Pensionen für Zivil- und Militärpersonen, Bewohner der Gebiete, die auf Grund des Traktats von Deutschland an Polen abgetreten wurden, zu beteiligen hat. Hier handelt es sich um ganz bedeutende Beträge, über deren Höhe die Tatsache einen Begriff gibt, daß nach dem Kriege in Deutschland 600 000 Kriegsinvaliden gezählt wurden und 120 000 Invaliden, die die Arbeitsfähigkeit in Höhe von 15 bis zu 100 Prozent verloren haben, sowie 92 000 Familien, die von Soldaten unterhalten wurden, welche auf dem Schlachtfeld ihr Leben eingebüßt haben oder auch Invaliden geworden sind. Auf den polnischen Staatschaff entfiel die Last der Zahlung von Bevölkerungen an diese Opfer des Krieges, proportionell zur Bevölkerung auf dem Gebiet Pommerens, Großpolens und Oberschlesiens. Auf Grund des in Paris unterzeichneten Abkommens hatte sich Deutschland verpflichtet, sich an diesen Zahlungen zu beteiligen. Die Festlegung

der Höhe dieses Anteils wird Gegenstand der oben erwähnten Verhandlungen sein.

erner werden die Verhandlungen auch andere in dem erwähnten Pariser Abkommen angeschnittene Fragen umfassen, wie die Rückgabe aller Fonds, die Privatpersonen in Gebieten gehörten, die an Polen abgetreten wurden, der Fonds der katholischen Geistlichkeit, die der Säkularisation unterlagen, der Fonds verschiedener Anstalten, sowie die Herausgabe sämtlicher Archive, Akten, Dokumente usw., welche die Verwaltung in dem Polen abgetretenen Gebiet betreffen, ferner die Rückgabe von Kunstsachen, Dokumenten, Unterrichtsmaterial und bibliographischen Werken, in den Polen abgetretenen Gebieten und die entweder dem Staate oder Provinzial, Kommunal oder Kirchenverbänden gehörten. Unabhängig davon werden die Verhandlungen auch noch verschiedene andere Fragen betreffen, deren Regelung zur Anwendung normaler Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Polen durchaus notwendig ist.

Die Verhandlungen, von denen die Rede ist, werden sofort in Berlin beginnen. Leiter der polnischen Delegation bei diesen Verhandlungen ist Dr. Pradzynski.

Rußland, Polen und die Randstaaten.

Ein Aussatz in der „Iswestija“.

Marco Polo in den „Iswestija“ bespricht die in verschiedenen Unterlagen gegebenen Erklärungen des Außenministers der baltischen Staaten über ihre Beziehungen zu Russland, wobei er die am 16. Januar in Helsingfors beginnende Konferenz im Auge hat, auf die man hier in Moskau mit Spannung blickt. Außerdem schärft mendet sich der Verfasser gegen die Aussätzungen des estnischen Außenministers, der die Behauptung von einer Spende von 100 Millionen Rubel seitens der kommunistischen Internationale für den bolschewistischen Aufstand in Estland aufstellt und „zahlreiche andere Unwahrheiten“ geäußert hat. Marco Polo sieht in Estland einen Vorposten der englischen Kolonialpolitik, die sich Indien und die Zugänge nach Indien sichern will und darum Russland überall einzuschließen versucht. Wenn ein Kampf zwischen Frankreich und England losbreche, würden die baltischen Häfen ein Stützpunkt Englands sein. Über Estland dürfe die Macht Englands in der Ostsee nicht überschreiten und noch weniger glauben, daß England es gegen russische Angriffe schützen würde. Estland bestrebe ausschließlich infolge der Korrektheit Russlands.

Was die Aussätzungen litauischer Minister angeht, die für einen Bund der Ostseestaaten eintreten, so muß sich Litauen nach den bisherigen Erfahrungen die Frage vorlegen, ob nicht ein Übereinkommen mit Sovjetrußland vorauszusehen wäre. Von Russland sei nichts zu fürchten, wohl aber von anderen. Dagegen wird die diesmalige Vorstellung des lettischen Außenministers Meierowitsch anerkannt, der sich in Bezug auf den Baltikumbund sehr zurückhaltend geäußert und erklärt hat, daß man nicht neue Freundschaften mit neuen Feindschaften zu beschließen wünsche.

Weiter führt der Aussatz aus, ohne Finnland sei jedes Bündnis zwecklos. Finnland sei aber sehr zurückhaltend gegen jede Verbindung. Marco Polo weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der Weg für finnische Weberezeugnisse nach Asien jetzt noch nicht frei sei. Auf Grund gegenwärtig geführter Verhandlungen könne aber wohl ein Durchführvertrag durch Russland eines Tages möglich werden.

Unter Bezugnahme auf die bekannte Unterredung des polnischen Außenministers stellt Marco Polo Polen vor die Wahl zwischen dem Anschluß an die antirussische Einheitsfront und die von dem polnischen Außenminister selbst für notwendig erklärte Verständigung mit Russland. Auch Polen wird darauf hingewiesen, welche Bedeutung für seine Industrie die Durchfahrt durch Russland nach Persien und Indien hat.

Interessant ist überhaupt die Abicht des Aussatzes, angesichts der Helsingfors-Konferenz, die beteiligten Staaten ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland föhlen zu lassen und die Vorteile guter wirtschaftlicher Beziehungen zu Russland zu unterstreichen.

Republik Polen.

Aus den Kommissionen des Sejm.

Die einzelnen Sejmkommissionen haben sich kampflos in die Arbeit gestürzt. Verschiedene Kommissionen tagen sogar zwei- bis täglich. Man reicht sich geradezu um die Minister. Den Landwirtschaftsminister Janicki verlangte heute sowohl die Budgetkommission, als auch die Kommission für Landwirtschaft zu hören, die erste wollte sein Exposé hören, die zweite hatte verschiedene Anfragen wegen des Standes der Frage betreffend die Regierungskredite für die Landwirtschaft zum Zwecke der Brühljahrsauslast zu richten. Der Minister wollte erst der landwirtschaftlichen Kommission Rede und Antwort stehen, dann die nach seinem Anblick sich hangende Budgetkommission durch seine Anwesenheit erfreuen. Wider Erwarten wurde er aber von den Landwirten länger festgehalten, als er es vorher angenommen hatte, weshalb die Budgetkommission längere Zeit auf ihn warten mußte. Das ging den Männern der Budgetkommission doch über die Güte, ihr Vorsitzender wird sich über die Landwirtschaftskommission beim Sejmpräsidenten und beim Senatorenkonvent beschweren.

Die Budgetkommission hörte dann das Exposé des Landwirtschaftsministers an, alsdann einen Sachverständigenbericht des Vertreters der höchsten Kontrollkammer, der zu dem Budget verschiedene Kritiken vorbrachte, und endlich eine Rede des Departementsdirektors Ubyzka, worauf man in die allgemeine Debatte trat.

Die Unterrichtskommission behandelte die Dienstpragmatik der Lehrer. Der Verbesserungsantrag des deutschen Abg. Ulita, den Artikel 4 zu streichen, durch den die Lehrer verpflichtet werden, die polnische Sprache in Wort und Schrift vollkommen zu beherrschen, fand leider keine Mehrheit.

Die Kommission für Verwaltungssachen beriet über den Gesetzentwurf betreffend die dörflichen Gemeinden. Es kam zu einer lebhaften Diskussion über die Statuten der Gemeindevertretungen auf dem Gebiete Kongresspolens und in den Ostwodschaften.

Bu der Sitzung der Arbeitsausschukommission ist noch nachzutragen, daß nach den bisher zur Annahme gelangten Artikeln die häuslichen Angestellten in der Zeit von höchstens 12 Uhr bis morgens 5 Uhr nicht beschäftigt werden dürfen. Ausgestanden müssen die Hausbiediensteten hintereinander zehn Stunden der Ruhe haben. Wer bei einem Wirt mehr als ein Jahr ununterbrochen in Stellung ist, hat Anspruch auf einen bezahlten sieben-tägigen Urlaub.

Die Industrie- und Handelskommission verhandelte über das Gesetzprojekt betreffend den Beiritt Polens zur internationalen metrischen Kommission. Die Abgeordneten Chelmowski (B. L. R.), Wisnietski (Jüdischer Club) und Diamond (P. B. S.) bedauerten sehr lebhaft, daß die Regierungskreise und manche Bürgerkreise den Wirtschaftsangelegenheiten nicht das notwendige Verständnis entgegenbringen. Die Angelegenheit der industriellen Syndikate müsse gesetzlich geregelt werden. Der Abg. Dunin (B. L. R.) wandte sich gegen einen Antrag des sozialistischen Abg. Pochatz, der die Einführung einer Abgangsaufsicht über die Starachowice verlangte, weil die Werke einen Teil ihres Betriebes stillgelegt haben.

Der Wiederaufbau im Osten.

Am Mittwoch fand im Präsidium des Ministerrates unter dem Vorsitz des Ministers Thugutt eine Konferenz über den Wiederauf-

bau der östlichen Wojewodschaften statt, an der u. a. Unterstaatssekretär Smolski und der Leiter des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, Ing. Rybczynski, teilnahmen. Vorderhand wurde ein Beschluss gefasst, über die Benutzung der Staatsforsten für die Bedürfnisse der Bevölkerung. Die Haushaltskommission setzte ihre Diskussionen über das Budget des Landwirtschaftsministeriums fort. An den Beratungen nahm Minister Janicki teil und hielt ein Exposé über die Tätigkeit des Ministeriums und die Pläne für die Zukunft.

Geldumlauf.

Die neu eingetroffenen Silbermünzen zu einem złoty, zusammen mit einem Transport von Zweizłotymünzen, werden in der zweiten Hälfte des Monats in Umlauf zu kommen beginnen. Ein höherer Teil wird bei der Auszahlung der Beamtengehälter für Februar in Umlauf gesetzt werden.

Arbeitsamt.

Die Sejmkommission für Arbeitsschutz beendete die allgemeine Diskussion über den Regierungsentwurf von der Arbeitsinspektion. Eine längere Rede hielt der Arbeits- und Wohlfahrtsminister, Sołal, worauf die Kommission beschloß, den Regierungsentwurf als Grundlage für weitere Beratungen anzunehmen. Zur eingehenden Erörterung des erwähnten Entwurfs wurde eine spezielle Unterkommission eingesetzt.

Von den „Rüstungen“ Österreichs.

Ein Fund von 20 Kanonen.

Nach einer Meldung des „Neuen Wiener Journals“ sind von der Entente-Kontrollkommission in Österreich ein paar alte Kanonen gefunden worden. Damit Friedensvertrag darf Österreich für sein Söldnerheer 20 Kanonen besitzen. Und wie die Wiener Pressestimme sagt, ist diese Zahl in Österreich in keiner Weise überschritten worden.

Die französischen Vertreter der Kontrollkommission sollen über diese furchtbaren Waffenfunde sofort den maßgebenden Stellen in Paris Mitteilung gemacht haben, weil die österreichischen Rüstungen die Sicherheit Frankreichs bedrohten.

Die Opposition gegen Mussolini.

Am 15. Januar. Giolitti, Salandra, Orlando und ihre Anhänger brachten in der Kammer folgende Tagesordnung ein, die in der Freitagsitzung der Kammer durch Orlando näher begründet werden soll: Die Kammer ist der Ansicht, daß alle Fragen, welche Neuwahlen betreffen, voraussehen, daß der Volkswill berücksichtigt wird. Da ein solcher Zustand aber augenblicklich nicht vorhanden ist, und auch in Abetracht der bestehenden Regierungsmethoden nicht vorhanden sein kann, geht die Kammer zur Tagesordnung über. In den Kreisen der Opposition ist nun der Ansicht, daß nach Einbringung einer solchen Tagesordnung, welche sich deckt mit den Forderungen der Avantgarde, Neuwahlen in der jetzigen Regierung nicht stattfinden werden.

Abmachungen der Pariser Finanzkonferenz

Kriegsgewinnverteilung.

Englische Blätter melden darüber folgendes: Amerikas Anteil an den Dawes-Anuitäten soll 2½ v. H. betragen ab 1924, jedoch nicht mehr als 45 Millionen Goldmark, und zwar auf Kriegsschäden. Ferner erhält Amerika 65 Millionen Goldmark für die Dauer von 17 Jahren, das erstmal 1926, auf Konto Beleidigungskosten. Die 2½ v. H. entsprechen dem Anteil der übrigen alliierten Staaten. Amerika ist von der Fixierung einer bestimmten Summe abgelenkt. 2½ v. H. Beteiligung entsprechen einer Maximalsumme von 225000 Pfund Sterling. Die Abmachungen mit Amerika, betreffend die Beleidigungskosten, stellen eine erhebliche Konzession der Vereinigten Staaten dar. Belgien erhält 8 v. H., bis die Defekt des Prioritätszahls erreicht ist, dann 4½ v. H. Italien und Serbien, die bisher mehr erhalten haben, als ihnen zulässt, treten den Mehrbetrag in Jahresraten an die anderen Alliierten ab. Italien z. B. verzichtet jährlich auf 1½ v. H. seines Anteils auf 10 Jahre. Auch die Maximalbeträge der Beleidigungskosten, der Kontrollkommissionen wurden festgesetzt, unerledigt blieben einige der kleinen Staaten betreffende Fragen. Zusammenfassend werden die Dawes-Anuitäten wie folgt verteilt: Anleihendienst und Kosten der interalliierten Kommissionen 100 Millionen Goldmark, amerikanische Beleidigungskosten 160 Millionen. Der Betrag für die belgischen Kriegsschäden steht noch nicht fest. Die genaue Verteilung für die 160 Millionen

Ruhrbesatzungskosten

scheint, soweit Frankreich, Belgien und England in Frage kommen, noch nicht bekanntgegeben zu sein.

Zur auswärtigen Politik Amerikas.

Gelegentlich unserer Meldung über den Rücktritt des amerikanischen Staatssekretärs Hughes wiejen wir schon auf den Beginn einer neuen politischen Ära im Weißen Hause hin. Jetzt äußert sich der Washingtoner Berichterstatter der "Times" zu dieser Frage. Er schreibt, "man stimme allgemein darin überein, daß der Einstieg des Senators Borah auf die amerikanische Politik sich bedeutend vermehren werde. Coolidge beachtigte ohne Zweifel die freundschaftliche Mitwirkung Borahs beizubehalten. Während die Hauptlinien der von Hughes begonnenen amerikanischen Politik auch nach dem März befolgt würden, würde eine Änderung nur dann stattfinden, wenn sie von Borah gebilligt würde. Eine solche Änderung würde, wie angenommen wird, in erster Linie am schnellsten die Beziehungen zu Russland berühren. Hughes sei während des ganzen Verlaufs der Gründung der russischen Angelegenheit unerschütterlich in seinem Einwand gegen eine Anerkennung der Sowjetregierung, sogar gegen einen jeden Schritt geblieben, der als eine Einladung zu Verhandlungen hätte ausgelegt werden können. Jetzt werde von der Entsendung einer amerikanischen Kommission nach Russland gesprochen, deren Vorsitzender Borah sein dürfte. Dieser sei auch für die Einberufung einer Abrüstungskonferenz. Wenn Borahs Einstieg so groß sein werde, wie sich manche Leute vorstellen, so könnten bald Fortschritte in der Abrüstungsfrage eintreten. Andererseits wünschte Borah in der Frage des Weltgerichtshofs als Vorspiel für die Gründung der amerikanischen Mitgliedschaft in einem solchen Gerichtshof die Einberufung einer Konferenz zur Kodifizierung des Völkerbundes. Coolidge steht diesem Gedanken genügend freundlich gegenüber, um einen Schritt in dieser Richtung zu ermöglichen. Borah habe einen Plan, den er bereit ist, vorgezulegen, um den "Krieg zu ächten". Auch in diesem Teil der amerikanischen Politik bestünde daher die Möglichkeit eines Wechsels. Außerdem erwägt Borah den Gedanken einer Konferenz der Gläubiger-Nationen zu einer allgemeinen Gründung finanzieller und wirtschaftlicher Fragen. Die Tatsache, daß Kellogg zum Nachfolger von Hughes erufen ist, könne als beruhigend angesehen werden. Das Blatt betont, daß Kellogg auf der Londoner Konferenz eine hervorragende Rolle spielt und Europa während einer sehr kritischen Zeit gesehen habe. Außerdem sei er mit den hauptsächlichen europäischen Staatsmännern persönlich bekannt."

Die Stellungnahme Amerikas zu Russland dürfte von grossem Interesse für Polen sein, das unter französischem Einfluß und in Frankreichs Fahrwasser ja stark nach Sicherungen gegen diesen mächtigen Nachbar sucht.

Posener Stadt und Land.

Vorles. den 15. Januar.

Stadtverordnetenversammlung.

Die gesetzliche Stadtverordnetenversammlung wurde mit einer Mitteilung über eingehende Neujahrswünsche von Paderewski, vom Posener Präsidenten Urbanski und dem Posener Wojewoden eröffnet.

Was die Anfrage über die Beleuchtung des Schillings anlangt, so wurde sie dahin beantwortet, daß der Beleuchtungsbereich bei Beendigung des Hauses von Militärvillen, die links des Weges aufgeführt werden, eine entsprechende Erweiterung erfahren würde.

Ein Subventionsantrag des Westmarkenverbands wurde an den Magistrat verwiesen.

Mitgeteilt wurde ferner ein Protest des Drogistenverbandes gegen die Errichtung der Benzinstationen. Gegen ein Plakat der Berliner Zeitschrift "Der Junge Geist" ergriff Stadt-Budzynski das Wort und hielt dem Magistrat dessen Einwirkung auf die Anfangssäulen vor. Dagegen, daß die Verbreitung pornographischer Schriften aus moralischen Rücksichten bekämpft wird, ist durchaus nichts einzubringen, ja, es ist sogar zu befürworten, wenn aber von dem Sprecher der Rechten behauptet wird, die Deutschen seien bemüht, die Polen mit allen Mitteln zu vergiften, (!!) so ist dies eine Behauptung, der Sache schafft.

Die Stadtverordneten Costa und Kowalewski traten für eine im Interesse der Patienten liegende beschleunigte Rechtsprechung des Kaufmanns- bzw. des Gewerbeberichts ein. Der Eintritt in die Verordnung der Tagesordnung brachte zunächst die Erledigung verschiedener Wahlvorlagen und dann die Verlelung einer feierlichen Erklärung zum Beschluß über die Errichtung eines Chrobry-Denkmales aus Spenden der Bevölkerung.

Der nächste Punkt der Tagesordnung befreit drei am 30. Dezember im "Dziennik Ustaw" veröffentlichte Verfugungen, die von der Einführung von Regierungsbeteiligten bei den einzelnen Selbstverwaltungen und anderen öffentlich-rechtlichen Verbänden, ferner von der Anpassung der Besoldung der Verwaltungsmitglieder, sowie der Angestellten öffentlich-rechtlicher und kommunaler Verbände an die Besoldung der Staatsfunktionäre handeln.

In der hierzu gefassten Entschließung heißt es u. a.: Diese Verfugungen zielen gegen die bisher bestehende Selbstverwaltung, insbesondere die kommunale Selbstverwaltung der Westländer Polens, in denen die bisherige Städteordnung gilt, die den Städten weitbegriffen Selbstverwaltungsrechte gewährt. Das polnische Gesetz über die Stadtgemeindenverfassung ist von den gesetzgebenden Körpern bisher noch nicht beschlossen worden, deshalb dürfen bis zum Inkrafttreten des entworfenen Stadtgemeindegesetzes die Grenzen der Einwirkung, bis zu denen der Staat Einfluss haben kann, auf die Selbstverwaltung, nur von den hier bislang gültigen preußischen Gesetzen und dem polnischen Verfassungsgesetz bezeichnet werden.

Die Verfugungen führen eine Dreiteilung der Kommunalbeamten der Selbstverwaltung auf ein Minimum und machen in Zukunft den Zustrom fähiger und intelligenter Beamtenkräfte unmöglich, weil sie künftig lieber werden zum Staatsdienst gehen wollen, wo angehoben der Gehalt auf Beamtenstellen die Besoldung leichter ist und sein wird, als bei den Kommunen.

Die Verfugungen führen eine Dreiteilung der Kommunalbeamten ein (Verwaltungsmitglieder, etatsmäßige und nicht etatsmäßige Angestellte), die auf Grund verschiedener Grundsätze besetzt werden. Sie verursachen dadurch gegenseitige Abneigung und Neigungen, was auf die Amtsfreudigkeit einwirken muß, und schädigen ungemein sowohl die etatsmäßigen Beamten, indem sie das Anwachsen ihrer Besoldung auf eine Reihe von Jahren aufhalten, als auch die nicht etatsmäßigen Beamten durch Verzögerung ihrer Bezüge. Ferner führen die Verfugungen in jeder einzelnen Kategorie noch besondere Arten von Beamten ein, und zwar früher aufgenommene Beamte und solche, die neu angestellt werden, die die sich auf gleichen Posten in den Bezügen unterscheiden werden.

Aus diesen Gründen beschließt die Posener Stadtverordnetenversammlung im Hinblick darauf, daß die erwähnten Verfugungen den Bestimmungen des Verfassungsgesetzes vom 17. März 1921, den in den westlichen Wojewodschaften geltenden Gesetzen und Vorschriften, ferner dem allgemein gültigen Rechtsgrundsatzen widersprechen, daß gut erworbene Rechte nicht einseitig aufgehoben oder geschwächt werden können, wodurch sie die Allgemeinheit der kommunalen Angestellten schädigen, daß die Verfugungen die Bedürfnisse und Gewohnheiten der Bevölkerung und auch nicht deren Steuerabilität berücksichtigen, daß sie ferner nicht nur die Entwicklung der Gemeinden Westpolens hemmen, sondern die Möglichkeit nehmen, das bisherige Wirtschafts- und Verwaltungsniveau aufrechtzuerhalten und somit die Entwicklung des Staates aufzuhalten, — sich an den

Finanzminister und den Innenminister, sowie den Sejm wegen einer Änderung der die Selbstverwaltung unnötig hindernenden Vorschriften oder der Eliminierung der westlichen Wojewodschaften aus der Wirksamkeit der Verfugungen bis zu ihrer Aufhebung zu wenden.

Zur Unterstützung der Angelegenheiten bei den zuständigen Behörden wurde eine Delegation gewählt, die sich aus den Stadtverordneten Dr. Piechocinski, Ballenstedt und Kujarski zusammensetzt.

Nach der Gewährung einer widerrufbaren Funktionszulage für beide Schulspitäler und der Bestätigung zweier Fluchtkartenpläne für die ul. Dworcowa und die ul. Ciasna wurde im Zusammenhang mit der Eingemeindung eine bestimmte Summe für die kommunale Kommunikation mit den eingegliederten Gemeinden eingesetzt. Der Verkehr soll durch Kraftwagen vor sich gehen.

Aenderung des Posttariffs.

Seit dem Jahresbeginn sind im polnischen Staatsgebiete folgende Änderungen in dem bisher geltenden Posttarif in Kraft getreten:

Höchstbetrag bei Wertbriefen 10 000 zl., bisher 1000 zl., bei Wertpaketen bleibt der Wert von 1000 zl. bestehen. Für private und amtliche Wertbriefe, die offen aufgegeben und nach postamtlicher Bählung unter Kontrolle des Postamtes geschlossen werden, wird außer dem Gebühr für einen Einschreibebrief noch eine Manipulationsgebühr von 100 Proz. der Gebühr erhoben. Bei offenem Umschlag dürfen nur Briefe mit einem angegebenen Wert von über 1000 zl. aufgegeben werden.

Die Gebühr für Pakete beträgt: bis zu 1 kg. 50 gr. über 1 bis 5 kg. 150 gr. (bisher 80 gr.), von 10 bis 15 kg. 400 gr. (bisher 180 gr.), von 15 bis 20 kg. 600 gr. (bisher 250 gr.). Die Zusatzgebühren sind wie folgt abgeändert worden: für Aufgabe einer Sendung "im Auftrage" werden 20 gr. Manipulationsgebühr erhoben, wie bisher gegen "Nachnahme". Für die Annahme eines Paketes durch den Landbriefträger werden für je 5 kg. des Gewichts 25 gr. erhoben (bisher 10 gr.). Für die Befestigung eines Paketes durch den Landbriefträger werden für je 5 kg. des Gewichts 25 gr. erhoben (bisher 10 gr.). Lagergebühr für Pakete kostet für jeden Tag des Verzuges 25 gr. höchstens jedoch 500 gr. (bisher 10 gr. und 200 gr.). Die Gültigkeit der Befestigungsgebühren für gerichtliche Briefe wird auf den Teschener Teil der Wojewodschaft Schlesien ausgedehnt.

Außerdem ist dem Posttarif eine neue Position betreffend die Befestigung von Wechseln hinzugefügt worden.

Vom Auftraggeber wird bei Befestigung eines Wechsels ersehen:

- für die Rückgabe des angenommenen Wechsels oder
- für die Rückgabe des protestierten Wechsels und des Protestes: eine Gebühr wie für einen Einschreibebrief von entsprechendem Gewicht;
- eine Gebühr von 100 Groschen für die Erhebung des Protestes durch den Postbeamten;
- ein Kommauslag von protestierten Wechseln in Höhe von $\frac{1}{2}$ Prozent der Wechselsumme, der derjenigen Gemeinde zufällt, in deren Bezirk der Wechsel protestiert worden ist;
- die Stempelgebühr nach dem Stempeltarif.

Die Gebühren unter b, c, d und e werden im ganzen Staatsgebiete, die Gebühr unter a nur im Gebiete der Wojewodschaften Pommerellen und Polen und des oberösterreichischen Teiles der Wojewodschaft Schlesien erhoben.

s. Alle öffentlichen Bedürfnisanstalten über der Erde sollen verschwinden und durch unterirdische ersetzt werden, wie beispielsweise am Platz Wolności (fr. Wilhelmsplatz). Mit dieser Absicht soll sich der Magistrat tragen, wie der "Kurier" erfährt.

Warnung. Es wird uns geschrieben: Seit einiger Zeit treibt sich in heiterer Gegend ein junger Mann herum, der es besonders auf die evangelischen Pfarrhäuser abgesehen zu haben scheint. Er sieht äußerlich vornehm und vertrauenerweisend aus, ist aber ein Schwindler. Seine Geldtasche mit Inhalt und Papieren ist ihm angeblich gestohlen worden. Er bittet immer um Refugium, um nach Hause fahren zu können. Er will aus Bista oder Czarnikau stammen und beruft sich bei seinen Schwindelkünsten auf die verschiedensten Geistlichen, die er gut kennt. Wie wir erfahren, ist er in den verschiedensten Pfarrhäusern schon gewesen. Es kann vor ihm nur gewarnt werden.

X Surüngeloh! Der Laubstumpf Jan Niedlewski, der sich vor einigen Tagen aus dem Elternhaus entfernt hatte, ist gestern wieder zurückgekehrt.

X Durch eigene Unvorsichtigkeit geschädigt. Gestern vormittag ließ eine Dame in der ul. Bodna auf einem Wagen eine Handtasche, enthaltend 450 zl., liegen und trat auf einige Minuten in ein Geschäft ein, um einen Einkauf zu besorgen. Als sie den Laden verließ, um ihre Handtasche zu holen, war dieselbe mit dem Gelde verschwunden.

X Einbruchsdiebstahl. Aus einer Wohnung in der ul. Kołowa Nr. 84 haben unbekannte Diebe einen Damenmantel und

Den Weihnachtstag feierte man im Holstischen Hause. Das junge Paar hatte es durchaus gewollt. Herr Remstedt kam und Hede mit ihrem Mann.

Fritz Remstedt brachte schöne Geschenke für Töchter und Schwiegereltern, schickte Ellen eine große Marzipantorte und einen Korb mit dem herrlichsten Weihnachtsof. Auch am Festabend brachte er Delikatessen mit in das Holstische Haus.

Uschi wunderte sich. "Papa ist plötzlich praktisch geworden."

Hede stellte dahinter. Sie wußte, daß es nicht sehr reichlich in diesem Haushalt zuging, daß Ellen rechnen und sparen mußte und oft sich sorgte. Sie merkte es ihr an und hatte mit dem Vater darüber gesprochen.

Glaubst Du, daß unsere Uschi glücklich ist, Hede?" fragte Fritz Remstedt.

Glücklich ist sie, aber ob sie so, wie sie ist, auf die Dauer glücklich machen kann, Papa, das weiß ich nicht. Vorläufig widmet Udo sich ihr völlig, er hat seine Arbeit sehr vernachlässigt, sagte seine Mutter mir vor einiger Zeit einmal. Immer wird das nicht so weitergehen. Und Uschi ist geblieben, wie sie war, ein verwöhntes Prinzenstück, das alles andern Menschen überläßt. Sie lebt so in ihrem eigenen Heim, als ob sie zu Gast, nicht als ob sie die eigentliche Hausfrau wäre. Ich habe es ja gleich gesagt, ein Haushalt mit zwei Frauen ist nicht gut."

Und was sagt Frau Holst dazu?

"Sie sagt nichts, was sie denkt, weiß ich nicht. Aber ich fürchte, die beiden Frauen lieben sich nicht."

Wirklich nicht? Sie sind beide liebenswert. Unsere kleine Uschi ebenso sehr wie diese schöne, prachtvolle, tüchtige Frau."

"Du schwärzt ja förmlich von ihr, Papa. Aber sie ist entzückend, das findet jeder, der sie kennt. Ob es aber leicht ist, sich mit ihr in ihres vergötterten Udos Liebe zu teilen, wie unsere Uschi es soll, ist eine andere Frage."

"Uschi ist jung, sie muß sich anpassen. Sie hat an dieser Heirat bestanden und muß sich nun den Verhältnissen fügen. Ich werde einmal ein ernstes Wort mit ihr sprechen."

Damenstiefel im Gesamtwert von 230 zl. gestohlen. Die sofort nach dem Diebstahl benachrichtigte Polizei hat eine energische Untersuchung eingeleitet.

X Diebstahl. In der ul. S. Maja Nr. 7 wurden aus einer Wohnung verschiedene Wäschestücke im Werte von 270 zl. gestohlen. Von den Dieben fehlt bisher noch jede Spur.

X Polizeichronik. Am gestrigen Abend und in der Nacht wurden 6 Beutinslene, 9 Dirnen, 2 Buhälter, 1 Dieb, 1 gesuchte, 1 verdächtige, 1 wegen Körperverletzung und 1 Person wegen Betruges verhaftet.

s. Vom Wetter. Heute am 15. Januar hatten wir 3 Grad Kälte

Vereine, Veranstaltungen usw.

Freitag. 16. 1. 25. Verein deutscher Sänger. Abends 8 Uhr Übungsstunde.

Sonnabend. 17. 1. 25. Kaufmännischer Verein. Stiftungsfest.

Sonnabend. 17. 1. 25. Evangel. Verein junger Männer. 1/9 Uhr Wochenschlußandacht. Außerdem 6 bis 10 Uhr Bücher- und Kanzleistunde.

Das IV. Symphoniekonzert der "Filharmonia Poznańska" findet am Sonntag, dem 25. Januar, in der Universitätssaula statt. Als Dirigent wurde eingeladen einer der hervorragenden polnischen Dirigenten, Herr Emil Wyrnarski, langjähriger Director der Warschauer Oper. Herr Wyrnarski, der jährlich eine Reihe von Symphoniekonzerten in Deutschland, England und Amerika leitet, wird sich vor dem Polnischen Publikum zum erstenmal produzieren. Als Solist tritt auf der hervorragende Geiger und Konzertmeister der "Filharmonia", Herr Tadeusz Szulc. Karten sind zu haben bei Herrn Szczeprowski, Fredrik 1, am Tage des Konzerts ab 10 Uhr an der Kasse.

□ Briesen, 14. Januar. Niedergebrannt ist Freitagabend die Chemische Fabrik "Donatol" von Wietrzynski aus unbekannter Ursache. — Ein schwerer Jagdunfall ereignete sich Sonntag nachmittag auf dem Jagdgebiet der Gemeinde Schönbrod, dem der Mitinhaber der Jagd, Besitzer Wietrzynski zum Opfer fiel. Nach Beendigung der Jagd, die W. mit zwei anderen Jagdgenossen unternommen hatte, entstieg sich aus unbekannter Ursache in dem Augenblick, als W. den Wagen zur Heimfahrt bestieg, die Doppelflinte des einen Jagdgenossen, und zwei (!) Schüsse trafen W. in den Rücken. Kurz nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus ist er seines schweren Verletzungen erlegen.

* Birnbaum, 14. Januar. Am vorletzten Sonntag fand hier eine Protestversammlung gegen die Abschaffung der Feiertage statt. Nach mehreren Ansprachen kam die sehr gut besuchte Versammlung darin überein, daß man die Arbeitszeit an Arbeitstagen verlängern und dafür die bestehenden Feiertage belassen möchte. Zum Schluss wurde eine Entschließung in diesem Sinne angenommen, die an den Kardinal-Erbischof Dr. Dahlberg gesandt wurde. — In der Nacht zum 10. d. Monats herrschte wieder sehr starker Sturm, der an Gebäuden, Dächern und Bäumen argen Schaden angerichtet hat, ganz abgesehen von der Leitung der Überlandzentrale, die zeitweise außer Betrieb war. Auf der Straße nach Birnbaum wurde die Krone einer der alten Kastanienbäume abgebrochen und auf die Straße geworfen.

s. Ostrowo, 14. Januar. Selbstmord durch Erschießen verübte in der Bank Kupiecki der 18-jährige Büroangestellte Jan Dworakowski.

* Stargard, 12. Januar. In der Nacht zu Montag deckte der Sturm das ganze Stalldach von St. Johann bei Stargard völlig ab und legte es glatt auf die Erde.

* Thorn, 8. Januar. Verschiedene Kleine Gewerbetreibende haben ihre Geschäfte, die sie im alten Jahre noch führten, im neuen Jahre nicht mehr eröffnet. Als Grund der völligen Schließung wird die Unmöglichkeit der Einlösung des Patents für das Jahr 1925 angegeben.

Briefkosten der Schriftleitung.

Anschriften werden unter Verweis gegen Auslieferung des Belegschaftsblattes erbetet. Jeder Auftrag ist ein Briefumschlag mit freiem Platz für eventuelle schriftliche Beantwortung beizulegen.)

Erteil. Bei Testamentsaufwertungen ist eine solche bis zum vollen Goldwert möglich. Wegen der ziffernmäßigen Berechnung des Erbteilwertes müssen Sie sich an jemand wenden, der sich damit berufsmäßig beschäftigt; wir lehnen das aus grundsätzlichen Erwägungen ab.

E. G. in K. Voraussetzung für den Besitz eines Gewehrs ist die Führung eines Waffenscheines. Ohne diesen verfällt das Gewehr der Beschlagnahme; außerdem wird gegen den Übertreter eine Polizeistrafe verhängt. Wir halten alle Schritte auf Herausgabe des Gewehrs für aussichtslos.

E. G. K. 1. Es sind 15 Prozent Aufwertung zu zahlen, und zwar nach dem deutschen Goldmarkwert. 2. Das betreffende Werk ist antiquarisch nicht vorrätig und kostet neu in 8 Bänden 80 zl.

Aber er vermochte es nicht, als er sie so glücklich sah. So hinjung, so hübsch, so heiter und sonnig in diesen Feiertagen, froh über ihre Geschenke, verließ in ihren Mann wie in der Brautzeit, sorglos und lachend und unbeschwert von den Wirtshäusern dieser ersten und trüben Zeit.

Hede hatte doch wohl übertriebene und überzeugende Ansichten. Hier im Holstischen Hause schien wirklich alles gut und harmonisch zu sein.

Auch Udo machte auf den Schwiegervater einen vollkommen glücklichen Eindruck. Und Ellen holte erschien liebenswürdig, heiter, wie er sie in Hamburg kennengelernt, wie sie in seiner Erinnerung, die sich oft mit ihr beschäftigte, gebrachten hatte. Noch mehr als damals gefiel sie dem Manne, als er sie nun in ihrem Hauswesen sah. Sie war eine entzückende Witwe. Sie verstand es, einen Hauch von Behagen und Harmonie um sich zu verbreiten wie nicht viele Frauen, die über beschränkte Mittel und über gar kein Personal verfügen, es können. Man fühlte sich sofort wohl in ihrem Heim, daß man überhaupt nicht wieder ans Fortgehen denken möchte.

Und es war merkwürdig: Man kam gar nicht auf den Gedanken, daß es nun auch Uschis Haus war. Hede hatt recht. Uschi wirkte, als sei sie zu Gast in ihrer Wohnung. Sie ließ sich von Udo verwöhnen, war reizend und scharmant wie immer, saß im Sessel, rauchte Zigaretten und kümmerte sich überhaupt nicht darum, ob sie in der Küche gebraucht wurde, ob das Essen fertig war, ob auf dem Tisch etwas fehlte.

Es fehlte ja auch tatsächlich nichts. Alles war immer in tadelloser Ordnung. Aber als Fritz Remstedt einige Tage Uschis Ruhe und Ellens Tätigkeit mit angesehen hatte, nahm er sein Töchterchen doch einmal beiseite und fragte sie, ob es der Schwiegermutter denn recht sei, alles allein zu tun und sie förmlich als Luxusgegenstand im Hause zu haben.

Uschi schien erstaunt. "Ich habe doch auch schon gearbeitet, als Udo und ich allein waren. Aber seit Mama zurück ist, hat sie mir alles wieder abgenommen."

(Fortsetzung folgt)

(Copyright 1924 by Carl Duncker Verlag, Berlin.

Die Mutter.

Roman von Lola Stein.

(30. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Er hatte hübsche Geschenke für seine kleine Frau und für die Mutter gekauft. Natürlich für Uschi mehr. Das würde die Mutter begreifen. Das begriff Ellen auch, aber daß der ganze schöne Vorschlag aufgebraucht war, sah sie nicht. Wofür? Sie konnte es nicht verstehen. Und von Udo erfuhr sie auch nichts.

Er war recht sorglos.

Handel, Wirtschaft, Finanzwesen, Börsen.

Industrie.

O Aus der polnischen Petroleumindustrie. Die galizische Rohölproduktion betrug im Oktober 1924 nach den endgültigen, soeben vom "Przemysł i Handel" wiedergegebenen Daten 6693 Bisterne, was einer Tagesproduktion von 215 Bisternen entspricht und einen Produktionsrückgang um 26 Bisternen gegenüber dem Vormonat täglich bedeutet. Auch die Zahl der neuen Bohrtürme ist gesunken. Für die einzelnen Kreise werden folgende Daten (in Bisternen = 10 Tonnen) gegeben:

	Brunnen	Abfuhr	Vorrat am 1. 11.
Gaso	463	600	701
Drohobycz	5910	5569	7609
Stanisławow	320	323	271
zusammen	6693	6492	8082

Die Erdölproduktion belief sich im gleichen Monat auf 72 Tonnen, wovon 25 nach Deutschland, 15 nach Frankreich, 1 nach der Schweiz, 20 nach Belgien, insgesamt also 71 Tonnen exportiert wurden. Die Vorräte sind gegenüber dem Vormonat um 1 Tonne auf 21 Tonnen gestiegen.

O Über die Erhaltung der verlängerten Arbeitszeit in der polnisch-österreichischen Hüttenindustrie wurde am 31. Dezember in Krakau unter Vorsitz des Arbeitsministers Solai zwischen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmern verhandelt, ohne daß es zu einem positiven Resultat kam. Wie sich der Arbeitsminister einem Vertreter des "Ilustrowany Kurier Codzienny" gegenüber äußerte, will die polnische Regierung diesmal nicht selber eine Entscheidung herbeiführen, sondern den beiden Kontrahentengruppen überlassen, sich zu einigen.

Verkehr.

A Neue Eisenbahnstrecken in Polen. Auf Grund der schon wiederholten von uns erwähnten Verhandlungen zwischen der polnischen Regierung und dem Posener Ingenieurbüro "Tri", das sich zu diesem Zwecke mit den beiden Pariser Gesellschaften Société Générale d'Entreprise und Schneider & Co. zusammen geschlossen hat, ist nunmehr die Konzessionserteilung an die genannten Firmen, laut amtlicher Bekanntmachung im "Dziennik Ustaw" Nr. 110, für den Bau und Betrieb folgender Strecken auf die Dauer von 81 Jahren erfolgt: 1. Kaledy (Stahlhammer) — Herby — Bielun — Opatowek (oder Blaszk) — Nowoczes (Hohenfels) mit einer Abzweigung von Bielun nach der Station Podzamcze, 2. Chorzów — Wojkowice (Wojciech) — Łaziska mit Abzweigungen von Grodziec nach der Station Dombrowska Mala (Eichenau) oder einer anderen Station an der Strecke Schoppinitz — Chorzów, ferner von Wojkowice nach a) Strzemieszyce Radomskie, b) Bagorze, c) Bombowice, d) Golonog, e) Strzemieszyce Warsawowskie, 3. Ciechomice — Płock — Brodnica, 4. Wojkowice — Opoczno — Warschau nebst Anschlußgleisen zu den staatlichen Rangier- und Personen-Bahnhöfen in Warschau links der Weichsel, 5. einer südlichen Umgehungsstraße, welche die Endstation der seitigennannten Bahn mit dem Rangierbahnhof in Warschau rechts der Weichsel und der Zweigbahn nach Solec auf dem linken Weichselufer verbinden soll.

Bon den Märkten.

Holz. Sieblec, 31. Januar. Verkaufspreise der staatlichen Oberförsterei Mysznice: Eiche 1. Klasse 21—30 Centimeter 9.85, 2. Klasse 20 Centimeter 8.44, 21—30 Centimeter 8.42, 31—40 Centimeter 10.40, 41—50 Centimeter 11.89, 3. Klasse 21—30 Centimeter 6.54, 41—50 Centimeter 8.85, Fichte 31—40 Centimeter 9.50, Pappel 6, Brennholz (Eiche) 5.25, Fichte 4.81, Birke 7.70 zt pro Meter.

Produkten. Danzig, 14. Januar. (Nichtamtliche Notierungen.) Weizen 16—16.60, Roggen 14.45—14.80, Gerste 19—14, Hafer 10—11.50, gemöhlte Getreide 10—12.50, Butter 14—18, Roggenkleie 8.75, Weizen 9 zt.

Leder. 14. Januar. Tendenz auf dem Produktenmarkt ist fest. Nachfrage stark. Preise Ilofo Leder für 100 Kilogramm: Roggen 28, Weizen 24, Hafer 25, Gerste 29, 50prozentiges

Roggenmehl (82 Kilogramm) 37, 000 Weizenmehl (82 Kilogr.) 43—44 zt.

Warschau, 14. Januar. Im freien Verkehr wurden für 100 Kilogramm franco Verladestation folgende Preise notiert: Weizen 85.50, Roggen 28.50, Hafer 23.50, Gerste 26, Weizenkleie 17, Roggentinte 17, Leinfutter 24.50, Rapsfutter 21.50, Raps 50, für 1 Kilogramm franco Warschau 50prozentiges Weizenmehl 0.58—0.59, 50prozentiges Roggenmehl 0.46 zt. Tendenz für Roggen, Weizen und Kleie sehr fest.

Chicago, 13. Januar. Ct. pro bushel: Weizen Mai 186, Juli 187, September 146%, Mais Mai 120%, Juli 181%, September 121%, Hafer Mai 62%, Juli 63%, Roggen Mai 160%, Juli 140.

Gamburg, 14. Januar. Not. Ziff. für 100 Kilogramm in Hs. Weizen Manitoba 1. Klasse Iloko 20.50, 2. Klasse Iloko 20, 3. Klasse Iloko 19.50, Rojafe Januar und Februar 18.25, Barusjo 17.00, Hartwinter II Januar 21.50. Tendenz fest. Russische Gerste 16.50, La Plata 17.40, indische 18.85. Tendenz fest. Roggen Weizen Rue I Iloko 16.80, II Januar 16.40. Tendenz fest. Mais: La Plata 12.40, bekarabischer 12.30. Tendenz fest. Hafer clipped Plata 11.10, nördlicher russischer 11.60. Tendenz fest.

Metalle. Berlin, 14. Januar. Für 1 Kilogramm Raffinadenkörper mind. 99—99.8 Prozent 1.26—1.28, Originalhütten weichblei 0.86—0.87, Hüttenrohling im freien Verkehr 0.78 bis 0.79, Nemetsch Plattenguss 0.70, Originalaluminium in Blöcken, Barren, gewalzt und gezogen mind. 98—99 Prozent 2.30—2.35, in Barren gewalzt und gezogen mind. 99 Prozent 2.40—2.45, Banka Straits und Australijs 5.45—5.55, Hüttenzinn mind. 99 Prozent 4.50—5.50, Reinhilf mind. 98—99 Prozent 4—4.10, Antimon Regulus 1.86—1.88, Silber in Barren Probe mind. 0.900 94 bis 95, Gold pro Gramm 2.81%—2.82%, Platin 15—15.50.

Berlin, 14. Januar. Die Eisenhütten des westfälischen und Ruhrgebiets erhielten bedeutende Bestellungen, besonders für Stabeisen. Diese Bestellungen reichen für 3—4 Monate aus, weshalb die Preise für Stabeisen von 130 bis 135, bis 188 und sogar bis 140 Mark pro Tonne in die Höhe gingen. Unter 185 Mark verläuft die Hütte nicht. Ebenso steigende Tendenz ist auf dem Feinblechmarkt für Reiseisen und Draht zu bemerken.

Börsen.

Der Zloty am 14. Januar. Danzig: Aktiv 102.24—102.76, Überweisung Warschau 101.62—102.13, Berlin: Überw. Warschau 80.50—80.90, Überweisung Katowice 80.55—80.95, Zürich: Überw. Warschau 100, Paris: Überw. Warschau 382.50, London: Überweisung Warschau 24.70, New York: Überweisung Warschau 19.25, Budapest: Überweisung Warschau 37.60, Czernowitz: Überweisung Warschau 37.50.

Warschauer Börse vom 14. Januar. Banknoten: Bank Dystonius Warsz. 6.15, Bank Handlowy Warsz. 5.20, Bankia Handlu i Przemysłu 1.10, Bank Przem. w Lwowie 0.36, Zw. Spół. Zarobk. 6.50 — Industriewerte: Exped. Soit 3.30, Puis 0.40, Chem. Hager 0.80, Polski Tow. Elekt. 0.11, Sita i Swiatko 0.88, Chodron 4.00, Tętnica 1.70, Ostrowite 1.10, W. T. R. Gutru 2.75, Bielek 0.80, Kopernika 2.80, Bracia Nobel 1.46, Cegielski 0.54, Pitschner u. Camper 2.95, Wilkop 0.55, Modziejowski 3.6, Norblin 0.66, Ostrowiecki 5.70, Rudati 1.02, Starachowice 1.60, Zamierowice 20.00, Żyrardów 9.50, Bortowski 0.75, Synd. lat. Nolnikow Warsz. 1.27, Haberbusch u. Schiele 4.80, Szwirius 2.70, Emielow 0.59, Kliczewski 0.33, Majewski 10.25, Lombard 1.00.

Aratauer Börse vom 14. Januar. (Amtlich) Bank Przemysłowy 0.33, Małopolski 0.28, Sp. Zarobk. 6.50, Biemski Fred. 0.12, Lohau 0.32—0.33, Emelów 0.61—0.62, Polski Glob 0.30, Bieleniewski 8.80, Cegielski 0.56—0.58, Parowicz 0.30—0.31, Tętnica Ziel. 0.71, Pocek 0.80, Góra 13.75, Siersza górn. 4.20, Tętnica 0.20—0.24, Tereze 2.00—2.15, Polska Rada 0.57—0.60, Chodron 4.07—4.10, Cybile 5.10—5.20, Sirug 0.75—0.80, Memjewski 0.48, Mąst 0.25. Nicht notierte Werte: Jaworzno dr. 13.60 (25) 11.35—12.00.

Warschauer Börse vom 14. Januar. Freibefahr. Auszahlung Warschau 80.55 G. 80.95 B., Budapest 2.17 G., 2.18 B., Wien — G. — B., Kowno — G. — B., Athen — G. — B., Poznań 87.55 G. 80.95 B., Warszawa 80.60 G. 81.00 B. — Noten: polnische 79.55 G. 80.75 B., estnische 1.094 G. 1.106 B., litauische 41.18 G. 41.65 B.

Surje der Posener Börse.

Für nom. 1000 Zloty in Polen:
Wertpapiere und Obligationen: 15. Januar 14. Januar
Bonds Lissabon 1000 Zloty 4.05 2.40
8% dolar. Lissabon 1000 Zloty 4.05 2.40
Bonds Boniowowa Poznań 1000 Zloty 0.70 —

Banakkien:
Private Bonds: Warszawski 1. VIII. Em. 3.00 3.00
Bank Przemysłowo-Handlowy 1. XI. Em. 3.00 3.00
Bank Z. S. Czerteż 1. X. Em. 7.75—7.25 7.50 7.25—8.25
Bank Bank Handl. Poznań 1. IX. Em. 2.00 —

Industrieaktien:
Browar Królewski 1.—V. Em. 2.00 2.00
Cegielski 1.—IX. Em. 0.60 0.60
Centrala Słot. 1.—V. Em. 1.50 1.50
Soplana 1.—III. Em. 5.80 5.80
E. Hartwig 1.—VII. Em. 1.80 1.80
Hartwig Kantorowicz 1.—II. Em. 2.50 2.50
Hersfeld-Viktoria 1.—III. Em. 5.25—5.50

Jeska 1.—IV. Em. 0.60 0.60
A. Romanian Man 1.—V. Em. 24.00 24.00
Mlynostwina 1.—V. Em. 0.60 0.60
Bors. Spółka Drzewna 1.—VII. Em. 0.75 0.75
Bracia Stabrowscy (Bapakt) 1. Em. 0.90 0.90
Trz 1.—III. Em. 12.00 12.00

Urska (vorm. Benk) 1.—III. Em. 6.50—6.52 6.50—6.52
Wisła, Bydgoszcz 1.—III. Em. 7.00 7.00
Ziel. Browar Grodziskie 1.—V. Em. 1.50 1.50

Tendenz: nicht einheitlich.

BBerliner Börse vom 14. Januar. (Amtlich) Helsingfors 10.56—10.59, Wien 5.909—5.925, Prag 12.59—12.63, Budapest 5.78%—5.80%, Sofia 3.021/—3.03%, Holland 169.34—169.76, Oslo 66.87—77.03, Kopenhagen 74.58—74.76, Stockholm 112.71—113.12, London 19.94—19.99, Buenos Aires 1.666—1.670, New York 4.19%—4.20%, Belgrad 20.94—21, Mailand 17.44, Paris 22.41—22.47, Schweiz 80.82—81.02, Spanien 59.08—59.22, Danzig 79.20—79.40, Budapest 2.17%—2.18%, Japan 1.608—1.612, Rio de Janeiro 0.459—0.501, Jugoslawien 6.87—6.89, Portugal 19.88—19.92, Riga 80.40—80.80, Kowno 41.47—41.68, Athen 7.58—7.62, Konstantinopel 2.29%—2.30%.

DDanziper Börse vom 14. Januar. (Amtlich) New York 5.2930—5.3195, London 23.22%, Schied 25.21, Dollar 5.2755 bis 5.3020, Schwed. 101.99—102.51, Berlin 125.835—126.465, deutsche Mark 126.8.8—126.942.

Süricher Börse vom 14. Januar. (Amtlich) New York 5.19%, London 24.71, Paris 27.70, Wien 71% Prag 15.550, Mailand 21.58%, Belgien 25.85, Budapest 7.9%, Sofia 3.75, Holland 2.9, Christiania 79, Kopenhagen 92.10, Stockholm 139%, Spanien 73%, Berlin 123%, Belgrad 8.40.

1 Gramm Feingold bei der Bank Polak für den 14. Januar 1925 — 3.4883 zt. (Dt. P. Nr. 10 vom 14. 1. 1925).

Warschauer Vorbörsen vom 15. Januar.
Dollar 5.18%, English Pfund 24.54, Schweizer Franc 199.70, Französischer Franc 27.58.

Eine sogenannte stille Geschäftszeit sollte nirgends einkennen. Es sind jetzt Sonder-Angebote der Kaufleute am Platze, sei es durch Inventur-Ausverkäufe, Abstoßung einiger Lager-Artikel oder sonstige Gelegenheits-Kaufangebote, Preis-Abschläge u. s. w. Es empfiehlt sich, die stille Zeit geschäftlich auszunützen durch östere Anreisung der Waren im weitverbreiteten Posener Tageblatt.

50—60 Ctr. gr. Weiden

(rote amerikan.) hat abzugeben und erhält Angebot.

Gutsverwaltung Mniszki, pow. Międzychód.

Wir empfehlen zur sofortigen Lieferung:
Kontor - Wandkalender

2seitig auf starke Pappe aufgezogen 1 Zloty 50 Gr.

Derfelbe auf Kartonpapier 50 Groschen.

Nach auswärts unter Nachnahme mit Porto zuschlag.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt L. A.

ul. Zwierzyniecka 6.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.
Synagoge A Wolonica.

Freitag, abends 4 1/2 Uhr, Sonnabend morgens 7 1/2 Uhr,

vormittags 10 Uhr, nachmittags 4 1/2 Uhr mit Schriftleserklärung.

Sabbatmorgens 5 Uhr 11 Minuten.

Vertagl. morgens 7 1/4 Uhr mit anschließendem Lehrvortrag abends 4 1/2 Uhr,

Synagoge B Israel. Brüdergemeinde.

Ulica Dominiakańska.

Freitag abends 4 1/2 Uhr, Sonnabend vormittags 10 Uhr.

2 oder **1** Büroraum, entsprechend eingerichtet, vom Mieter abzug. Off. und. 2. 3. 2298 a. d. Geschäft. d. Blattes.

2 leere Zimmer in gutem Hause auch alleinst. verfügb. Dame möglichst im Zentrum.

Gesl. Off. erb. und. 2150 an die Geschäft. d. Blattes.

In Erwartung der neuen deutschen Regierung.

Reichskanzler Luther. — Kabinett der Verbindungs- männer — im übrigen Fachminister.

Höchstwahrscheinlich hat sich inzwischen schon die deutsche Regierungsbildung vollzogen, da die Abend-Verhandlungen vor dem Abschluß standen. Aus Reichstagsskreisen wird über die neue Regierung verlaufen, daß Dr. Luther als Stamm eines Kabinetts die drei parlamentarischen Minister der drei großen Parteien betrachten würde: den Volksparteier Dr. Stresemann, den Zentrumsmann Dr. Brauns und einen deutsch-nationalen Parlamentarier, der das Zinzen- oder Finanzministerium erhalten würde. Zu diesen würden sich dann die Fach- oder Beamtenminister gesellen, die zu den Parteien in loser Verbindung stehen würden. Es ist verabstimmigt, auch die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftliche Vereinigung bei der Kabinetsbildung entsprechend zu berücksichtigen.

Es läme dann eine Verbindung der großen Hauptparteien mittels dieser Verbindungsmänner zu stände. Ein amtlicher Nachbericht sagt über den Verlauf der bisherigen Besprechungen:

Reichsminister Dr. Luther hat seine informatorische Verhandlung mit den Fraktionen heute den ganzen Tag über fortgesetzt. Er hat Vertreter des Zentrums, der Deutsch-nationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Deutsch-demokratischen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei empfangen. Den Kernpunkt aller Besprechungen hat die Erörterung über die Bildung einer Regierung dargestellt, in der ohne fraktionelle Bindung jede Fraktion mit je einem der Fraktion an gehörenden Vertretern einen vertreten sein, im übrigen durch die Besteigung durch Fachminister erfolgen soll, bei deren Auswahl durch den verantwortlichen Reichskanzler eine gewisse Rücksicht auf die politische Einstellung genommen werden soll. Es ist ferner über die Methoden verhandelt worden, durch die in der praktischen Arbeit eine engere Fühlungnahme zwischen der Regierung und den Fraktionen sichergestellt werden kann. Das Zentrum hat eine Fraktionsberatung über die neue Grundlage abgehalten und unter Vorbehalt der letzten Entscheidung nach Kenntnis der Gesamtgestaltung des Kabinetts dem Plan einstimmig zugestimmt. Die Führer der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei haben den Plan grundsätzlich gutgeheissen. Die Deutsch-nationale Partei hält im Laufe des Dienstags eine Vorstand- und Fraktionsversammlung ab.

Gestern abend gingen Gerüchte um, daß die Kabinetsbildung noch im letzten Augenblick auf Schwierigkeiten gestoßen sei. Dr. Luther gab dann aber in später Nachkunde den Pressevertretern noch folgende erklärende Mitteilung:

Der Dienstag wurde mit Verhandlungen über Personenfragen ausgelaufen. Die Verhandlungen sind so weit vorgeschritten, daß für den Mittwoch die Bevrauchung des Reichsministers der Finanzen, Dr. Luther, mit der Kabinetsbildung erwartet werden darf.

Mit anderen Worten heißt das: Dr. Luther scheint seines endgültigen Erfolges nunmehr sicher zu sein.

Deutsches Reich.

Zur Schuldsfrage bei dem furchtbaren Eisenbahnunglück in Herne.

Der Präsident der Reichseisenbahndirektion Essen leitete die Untersuchung der Schuldsfrage zusammen mit dem Dienstleiter des Bahnhofs Herne. Die Staatsanwaltschaft in Gelsenkirchen hatte sofort nach Eintreffen der Schreckensmeldung einen Vertreter im Kraftwagen nach Herne gesandt, der zusammen mit den verantwortlichen Eisenbahnbeamten die Unfallstelle besichtigte. Der Lokomotivführer und der Heizer des Berlin-Kölner D-Zuges wurden augenblicklich vom Dienst suspendiert und, da beide unverletzt geblieben sind, bereits zwei Stunden später vernommen. Beide beruhigen sich darauf, daß sie in dem Nebel, der ungewöhnlich dicht war, das Haltesignal überhaupt nicht als solches erkannt haben. Letztlich ist festgestellt worden, daß das auf Halt stehende Signal, das etwa 300 Meter vor dem Bahnhof liegt, glatt überfahren worden ist. Ob unter diesen Umständen eine Schuld des Lokomotivführers vorliegt, muß die weitere Untersuchung erst ergeben.

Die Untersuchung im Fall Barmat-Kutister.

Hierzu meldet die „D. A. Z.“ folgendes: Die Untersuchung über die Gewährung von Postkrediten wird weiter ausgedehnt werden. Es soll u. a. auch ermittelt werden, unter welchen Bedingungen die Depositen und Handelsbank in der Friedrichstraße, deren frühere Direktoren Klefotta und Wolpe flüchtig sind und ständig verfolgt werden, Kredite von der Reichspost erhalten hat. Die Kredite werden zum Teil mit den Goldankaufsgesellschaften in Verbindung gebracht, die die genannte Bank Ende 1923 für die Reichsflanzei ausgeführt hat.

Wie mitgeteilt wird, hat Dr. Höfle seinen Posten als Direktor des Gesamerverbandes deutscher Staatsbeamten vor einigen Tagen niedergelegt, nachdem er von seinem bisherigen Amt entbunden war.

Im Falle Barmat gehen die Vernehmungen der Brüder Barmat durch den Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Dr. Rothmann, weiter. Darüber laufen aber immer noch mit unvermindertem Eifer die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, in deren „Hauptquartier“ im Strafammeraal 671 in Moabit, Sachverständige und Bücherrevisoren gemeinsam mit den Spezialbegernern der Staatsanwaltschaft an der Prüfung der Bücher des Barmat-Konzerns und der Klärung der Geschäftsverbindungen des Konzerns mit der Staatsbank bis in die späten Nachstunden arbeiten.

Die Industrie- und Handelskammer hatte gegen den Sachverständigen Baer, der bekanntlich in seinem Gutachten vom Februar 1924 auf die unerlaubten Geschäfte Kutisters zuerst hingewiesen hatte, den Vorwurf erhoben, daß er in diesem Gutachten die Papiermark mit der Goldmark verwechselt habe. Wie wir feststellen können, ist dieser Vorwurf durchaus unberechtigt. In diesem Gutachten wird im Gegenteil festgestellt, daß Kutister zu einer Zeit, als die Papiermark bereits stabil, d. h. bereits wertbeständig war, Binsätze in einer Höhe gefordert hat, die weit über die an der Börse gesprochenen Geldleihsätze hinausgingen. Legt man die höchsten Binsenfälle zugrunde, so würde z. B. in einem Falle des Binsenbetrags 10 400 Mark ausgemacht haben, während Kutister seinem Schuldner einen Binsenbetrag von 22 000 Mark abverlangt. In einem anderen Fall wären als Binsenbeträge noch den Höchstsätzen der Börse in Rechnung zu stellen gewesen 1225 M., während Kutister tatsächlich 4400 M. in Rechnung stellte.

Kein konkreter Beschluß.

London, 15. Januar (vorm. 10.49). Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt zu der bevorstehenden Konferenz der baltischen Staaten in Helsingfors: Der estnische Gesandte Kallas habe gestern auf dem Foreign Office eine Unterredung mit Chamberlain gehabt. Der Berichterstatter erklärt, der wichtigste Punkt der baltischen Konferenz, nämlich der mögliche Abschluß eines Paktes zwischen Finnland, Polen, Lettland und Estland, werde nicht auf dem offiziellen Programms stehen infolge des Argwohns und der Empfindlichkeit von Sowjetrußland. Diese Frage werde jedoch außerhalb der Konferenz erörtert werden. Es braucht jedoch nicht angenommen zu werden, daß irgend ein konkreter Beschluß über die Frage unter den augenblicklichen Umständen gesetzt werde. Es werde vielleicht als praktisch angesehen, den Abschluß zu verschieben, bis das Schicksal des Genfer Protocols endgültig bekannt sei.

Das Volksvermögen der wichtigsten Länder.

Der Weltkrieg hat den gewünschten Erfolg, nämlich die gründliche wirtschaftliche Schwächung Deutschlands in vollem Umfang erzielt, aber auch einen für seine ehemaligen Gegner, und vor allem England, unerwünschten Erfolg, nämlich die ungeheure wirtschaftliche Überlegenheit der Vereinigten Staaten. Das Volksvermögen der wichtigsten Staaten wird nach einer amerikanischen Zusammenstellung folgendermaßen geschätzt (in Mill. Dollar):

	1922	1912
Vereinigte Staaten	320 803	186 299
Großbritannien	88 840	79 297
Frankreich	67 710	57 075
Deutschland	35 700	77 783
Italien	25 986	23 080
Spanien	29 310	—
Schweiz	4 567	3 030
Rußland	—	56 149
Niederlande	8 260	4 827
Kanada	22 095	10 980
Argentinien	13 178	11 680
Brasilien	13 020	—
Indien	21 960	—
China	19 087	—
Australien	9 689	6 118

Der „lachende Dritte“ im Weltkriege waren die Vereinigten Staaten. Das Plus, das England, Frankreich und Italien erzielt haben, ist im Vergleich zu den Vereinigten Staaten recht gering, ganz abgesehen davon, daß sie in ungeheuerlicher Verschuldung gegenüber den Vereinigten Staaten geraten sind.

Über die zionistische Bewegung.

Der jüdische Aufbau Palästinas.

Auch in Polen, das starke jüdische Minderheiten hat, nimmt die zionistische Bewegung großes Interesse in Anspruch. Sie nach ihrer Stellungnahme äußern sich die verschiedensten Zeitungen dazu.

Gelegentlich der zionistischen Tagung in Deutschland gab jetzt nach deutschen Pressemeldungen zu Ehren des Präsidenten der Zionistischen Weltorganisation, Dr. Weizmann, der am Mittwoch in Berlin eingetroffen war, das Auswärtige Amt ein Frühstück, dem am Freitag, Sonnabend und Sonntag Veranstaltungen folgten, in denen Dr. Weizmann Gelegenheit hatte, mit führenden deutschen Politikern und Parlamentariern Rücksprache zu nehmen. Heute nachmittag empfing Dr. Weizmann die Vertreter der deutschen Presse, um ihnen über die politischen und kolonialistischen Probleme Palästinas und die jüdische Aufbaupolitik zu informieren. Er führte aus, daß die Grundlage des zionistischen Werkes das Mandat für Palästina und die englische Verwaltung des Landes im Auftrage des Völkerbundes sei. England und die Regierung Palästinas förderten das Werk, aber das Land könnten sie der Zionistischen Organisation nicht geben, das müsse sie sich selbst mit ihren eigenen Kräften erarbeiten. Zweierlei sei heute bereits bewiesen: 1. daß Palästina aufgebaut werden könne, und 2. daß die Juden es aufbauen könnten. Das Verluchstadium sei heute bereits vorüber. Das Werk werde gelingen, wenn die Juden der ganzen Welt die Verantwortung trügen, die sie alle für das Gelingen des Aufbaus hätten.

Über die jüdische Einwanderung in Palästina machte Dr. Weizmann interessante Mitteilungen. 80 Prozent stammen aus dem Osten, 20 Prozent aus dem Balkan und 10 Prozent aus Westeuropa. Rußland lasse eine Auswanderung nach Palästina nicht zu. Im ganzen sind in den letzten sechs Jahren 50 000 Personen in Palästina eingewandert. Der Kolonisationsplan sieht vor, daß jetzt jeden Monat 2000 Personen einwandern können. Im ganzen sind in den letzten sechs Jahren 7 Millionen englische Pfund für Einwanderung und Aufbauwerk zusammengekommen. Über die Aufnahmefähigkeit Palästinas für die Einwanderung gehen die Meinungen der Experten auseinander; sie schwanken zwischen 750 000 und 5 Millionen. Weizmann schätzt sie auf 1½ bis 2 Millionen. Die Einwanderer haben durchaus ihre Eignung zu landwirtschaftlicher Arbeit erwiesen.

Weizmann berührte auch die politischen Schwierigkeiten in Palästina. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die zukünftige Aufbaupolitik sich in Form einer Kooperation zwischen Arabern und Juden vollziehen werde. An der Frage der heiligen Stätten sei man nicht interessiert. Weizmann warnte davor, Zwischenfällen in Palästina, die anderswo harmlos bedeuten würden, größere Bedeutung beizumessen. Er schloß:

„Ich glaube, daß wir in Palästina nicht nur ein materielles Heim aufbauen, wir schaffen dort eine neue geistige Einheit des Judentums. Wir galten in den letzten Jahrhunderten immer nur als die Nehmenden; in Palästina geben wir der Welt und den Völkern unser Eigenes. Ich bin tief überzeugt davon, daß wir der Welt noch Großes zu sagen haben. Die Welt kann es brauchen, und wir können es ihr geben.“

Seeräuber im Adriatischen Meer.

zek. Saßal, 12. Januar.

Die Segnungen der Nachkriegszeit haben eine neue denkwürdige Bereicherung erfahren. Im Adriatischen Meere treibt seit einigen Wochen eine Bande von Seeräubern ihr Unwesen. Man vermutet, daß der Diebstahl von vier Unterkörpern, welche Sandbänke am Ende bei Venedig bezeichneten, ein Werk dieser Bande sei. Die Piraten haben eine Anzahl von Fischerbooten ausgerüstet und sollen auch ein schwimmendes Leuchtschiff am Eingang des Hafens von Venedig geführt haben. Die italienische Regierung hat mehrere Torpedoboote ausgesendet, um die dalmatinische Küste abzufuschen, wo der Standort der Piraten vermutet wird. Auch die jugoslawischen Küstenbehörden haben Verteidigungen zur Aussöhnung der Piraten getroffen.

Aus anderen Ländern.

Die englisch-französischen Besprechungen in der Schuldenfrage.

Die englisch-französischen Besprechungen in der Schuldenfrage werden durch Churchill und Douhet weitergeführt. Man hält diese Besprechung für wichtiger als die ganze offizielle Finanzkonferenz. Churchill versichert, daß die Balfourkette die führende Linie der britischen Politik bleiben werde, die besagt, daß England nur soviel von den Alliierten und Deutschland zusammen fordere, als nötig sei, um seine Schulden an Amerika zu bezahlen, und zweitens, seine Forderungen an den deutschen Reparationen und den alliierten Schulden zu streichen, wenn dies die Streichung aller Schulden zur Folge haben würde. Frankreich nahm anscheinend diese und Bonar Law's Erklärung, die französischen Schulden könnten aus den deutschen Reparationen geregelt werden, als Basis für die jeglichen Verhandlungen an und soll vorgelegten haben, vier Prozent seines Reparationsanteils an Großbritannien abzuführen, was 1½ Millionen Pfund und bei Deutschlands Höchstleistung unter dem Dames-Plan 3½ Millionen Pfund jährliche Abzahlungen bedeuten würde, ein Angebot, das natürlich gegenüber den 623 Millionen Pfund der Gesamtshulden Frankreichs an England nicht annehmbar ist. Hinzu kommt bei einer solchen Schuldenregelung aus den deutschen Reparationen noch, wie weit Frankreich verantwortlich sei, im Falle deutscher Verstechungen bei seinen vereinbarten Leistungen zu bleiben.

Sowjet-Russlands Hoffnung auf Coolidges neuen Kurs.

London, 15. Januar. (Daily Telegraph) berichtet aus New York verschiedene große amerikanische Geschäftskongerne, die nach Russland

wegen Ausbreitung der Betriebe und der Ausfuhr von Handelswaren blieben, seien erfreut über den Rücktritt des Staatssekretärs Hughes und glauben, daß in einigen Monaten wenn Kellogg Staatssekretär sein werde, eine Änderung der amerikanischen Politik Russland gegenüber stattfinden könnte.

Schweden zur Abrüstungsfrage.

Während Dänemark daran gehen will, seine bestehende Heeresmacht in eine Polizeitruppe umzuwandeln, äußerte sich in seiner Thronrede der König von Schweden folgendermaßen: „Der auf der letzten Volksbundskonferenz entworfenen Plan, den Völkerbund zu einer stärkeren Sicherung des Friedens zu entwickeln und den Weg zu einer allgemeinen Abrüstung zu betreten, ist noch immer Gegenstand der Erwägungen der Mächte. Es ist aber ungewiß, ob die weitere Erörterung dieses Planes derart sein wird, daß sie mich veranlassen kann, diese bedeutungsvolle Frage Ihnen vorzulegen. Eine Neuregelung unserer Wehrmacht ist seit langem in Vorbereitung, und ich beabsichtige, Ihnen einen Vorschlag in dieser wichtigen Angelegenheit vorzulegen; ich nehme an, daß der neu gewählte Reichstag nicht auseinandergehen wird, ohne diese Frage gelöst zu haben.“

Schluss der Finanzministerkonferenz.

Paris, 15. Januar. Die Konferenz der alliierten Finanzminister ist nach Unterzeichnung des geöffneten Abkommens gestern gegen 11 Uhr vormittags geschlossen worden. Kurz vor Beendigung der Sitzung ist Ministerpräsident Herriot im Sitzungssaale erschienen und hat eine kurze Ansprache an die Delegierten der Alliierten gehalten.

Nach Europa.

New York, 15. Januar. Der Kommandeur der Bank von England Montagu Norman ist auf dem Dampfer „France“ nach Europa abgefahren.

In kurzen Worten.

Der Präfekt von Trient hat durch Dekret vom 8. Januar über die in Bozen erscheinenden Zeitungen die Preszensur verhängt. Auf die Lokalpresse in Meran, Brixen und Bruneck findet der Erlaß keine Anwendung.

Die technische Hochschule in Berlin-Charlottenburg begeht am 17. Januar ihre Neugründungsfeier mit einem Festakt im Schloß ihres Hauptgebäudes. Die Feier erhält eine besondere Bedeutung durch die Teilnahme Dr. Eichlers-Friedrichshafen über die Amerikafahrt des Z. R. III unter besonderer Berücksichtigung der jahreichen Erfahrungen.

Geheimrat Wiedfeld, der deutsche Botschafter in den Vereinigten Staaten, verläßt am 20. Januar Washington, um in das Direktorium der Firma Krupp zurückzukehren.

An der Baustelle bei dem Kraftwerk Schwabenheimer Hof waren mehrere Arbeiter damit beschäftigt, eine schwere eiserne Dampftramme an eine andere Stelle zu befördern. Hierbei kamen sie mit der Starkstromleitung in Berührung. Vier Arbeiter wurden durch den elektrischen Strom sofort getötet, ein Arbeiter erlitt schwere Brandwunden.

Der König von Spanien ist von seiner schweren Grippe wieder vollständig hergestellt.

Letzte Meldungen.

Verhandlungsgrundlage.

Paris, 15. Januar (10 Uhr). Eine Nachrichten-Agentur verbreitet folgende Meldung: Wir erfahren aus im allgemeinen gut unterrichteter Quelle, daß Schatzkanzler Churchill, bevor er Paris verläßt, eine Konferenz mit dem englischen Gesandten, Mac Miller, hatte. Gegenstand der Unterredung war vermutlich der Standpunkt Mac Donells. Nach dem „Express“ werde Polen vom Völkerbundrat die Abberufung Mac Donells fordern müssen.

Um Polens Prestige.

Der „Express Parilly“ meldet, daß Ministerpräsident Grabowski eine Konferenz mit dem englischen Gesandten, Mac Miller, hatte. Gegenstand der Unterredung war vermutlich der Standpunkt Mac Donells. Nach dem „Express“ werde Polen vom Völkerbundrat die Abberufung Mac Donells fordern müssen.

Verbotene rumänische Getreideausfuhr.

Nach einer Meldung der rumänischen Telegraphenagentur aus Bukarest hat das rumänische Handelsministerium eine Verfügung erlassen, welche die Getreideausfuhr verbietet.

Paderewski in Rom.

In Rom fand ein Konzert Paderewskis bei höchst gesättigtem Saale statt. Paderewski spielte Mendelssohn, Schumann, Liszt und Chopin.

Wie die neue deutsche Regierung aussieht.

Berlin, 14. Januar. (A. W.) Die Bemühungen Dr. Luthers um die Bildung eines Kabinetts haben ihr Ende erreicht. Die neue Formel, auf deren Grundlage alle Parteien in der deutschen Regierung vertreten sein werden, hat das Zentrum bewegen, an der Regierung teilzunehmen. Bis zum letzten Augenblick stand ein hartnäckiger Kampf um den Posten des Innenministers statt, der den Deutsch

**Die Geburt
eines Jungen**

zeigen an
Felix Harlam u. Frau
Meta, geb. Mode.
Poznań, den 10. Januar 1925.



Patente in allen Kulturs' aaten.

Bolles, blühendes Aussehen

und schnelle Gejästzahme durch Kraftmärpuder „Pleausan“. Dies Stärkungsmittel für Blut, Muskel und Knochen. 1 Sch. 6 ZL, 4 Sch. 20 ZL. Ausführliche Broschüre Nr. 8 zu erfuhr.

Dr. Gebhard & Co., Danzig, Kass. Markt 1b.

Deutsche in Polen

finden Sie nirgends so zahlreich und dicht beieinander wohnend, als gerade in Lódz, dem großen Industriezentrum Kongress-Poens. — Von den mehr als 500 000 Einwohnern der Stadt und Umgegend spricht fast die Hälfte deutsch. — Die Deutschen gehören allen Gesellschaftsklassen an.

Wollen Sie erfolgreich inserieren?

Wenn Sie das wollen, bemühen Sie unbedingt die im 23. Jahrgang erscheinende

„Neue Lódzer Zeitung“

die gegenwärtig unstreitbar das gelesene und verbreitetste Blatt ist, als deutsche Zeitung wohl im ganzen Reiche

- Probenummern auf Wunsch gratis.

Die „Neue Lódzer Zeitung“ ist durch die nachweisliche Erfolge ein glänzendes Insertions-Organ.

Redaktion und Geschäftsstelle: Lódz, Petrikauerstr. 15.

Postcheckkonto: Warszawa Nr. 61.932.

Wir empfehlen für Schule:
Seydell, Wesoły Początek
Popliński-Loewenthal
Polnisches Elementarbuch, geb.
Grzegorzewski, Elementarbuch
der polnischen Sprache, 1. u. 2. Teil, farb.
Dr. Romer's Schulwandkarte
von Polen, mit polnischer Beschriftung ausgezogen.
Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Abteilung: Verandbuchhandlung.

Hochheräftliches Grundstück
ca. 5-6 Morgen groß, mit allem Komfort der Neuzzeit ausgestattet, teilweise Zentralheizung, sonn. eleg. Wohnr. Dern., Privat-Wasserleitung durch elektr. Motor, Stellung, parkähnlicher Garten, große Obstanlage über 100 Edelelämme usw., wegen Toresfalls gleich veräußert. Große eleg. Wohnung evtl. bald frei. Off. unt. A. B. 2157 a. d. Gesch. d. Bl.

Verkaufe mein Grundstück
nebst Garten, in weichen eine Wagenbauerei bestehend aus Sägemühle, Schmiede und Lact. verei seit 25 Jahren betrieben wird. Da die Lact. verei auf angrenzendem besond. Platz steht, kann selbige abgetrennt verkaufen werden. Es können auch Werkzeuge, Motor, Maschine und Vorräte übernommen werden. Otto Kest, Gębice, pow. Mogilno.

Ausdrucken! Ausdrucken!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichnete bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für die Monate { Februar u. Februar } 1925
März

Name

Wohnort

Postamt

Straße

Vie Geldersart ideal
Strichleber für alle Lackarbeiten.
Wichtig für Maler,
Lackierer, Möbeltechniker
Generalvertretung Georg Lesser
in Fa. „SUNY“
Poznań ul. 27 Grudziądzka 1a.



Patente in allen Kulturs' aaten.

Es sind noch einige

Jugendabreißkalender für 1925

vorrätig und sogleich zu liefern.
Verandbuchhandlung der
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
POZNAN, Zwierzyniecka 6.

Ca. 50 hochtragende Mutter schafe

(Kreuzungsh. rde) hat abzugeben
Rittergut Boguszyn, pow. Śmigiel.

Arbeitsmarkt

Suche etwa zum 1600 Morgen großes Gut einen

15. Februar 25 für mein unverheirateten

landwirtschaftl. Beamten

polnische Staatsangehörigkeit u. polnische Sprache in Wort und Schrift Verwendung. Zeugnissabdrüste, Gehaltsanspr.

und fähiger tüchtiger Lebenslauf sind einzuwerden an

Kersten, Siemionka, powiat Kępno.

Suche zum 1. April d. J. für hief. 2000 Morgen große in enste Wit. sucht einen jüngeren, zuverlässigen, tüchtigen

Wirtschafts = Assistenten

Großwirtsh. John bevorzugt. Polnische Sprache in Wort und Schrift Verwendung. Zeugnissabdrüste, Gehaltsanspr.

in Deutsch und Poln., sowie Gehaltsanspr. sind einzuwerden an

Dominium Dębina, v. Ołotorowo, pow. Szamotuły

Per 1. 4. zuverlässiger

erschrener Schäfer

für ca. 150 Mutter schafe (Kreuzungsh. rde) gefucht. ca. 100

Schweine sind mit zu übernehmen. (Majorant. eme). Stellung von H. i. stränen nach Übereinkunft.

Rittergut Boguszyn, pow. Śmigiel.

Gesucht z. 1. März, evgl. fröh. Antritt, eine einfache Wirtin

für gr. Gutshaushalt, firm in der bürgerlichen wie feinen Küche, Backen und Eimern. Zeugnisse abdrücken u. Gehaltsanspr.

sind zu senden u. G. B. 2258 a. d. Geschäft. d. Bl.

Gebildetes, jg., evgl. Fräulein

aus nur gutem Hause, das gewisst ist, gegen schlicht um

schlicht, evgl. u. Taschengeld, sich 2 Kindern im Alter von 1/2 und 2 1/2 Jahr zu widmen bei Familiensitzung

per bald auf's Land gesucht.

Gef. Bild. u. u. 0. 2012 an d. Gesch. d. Blattes erb.

Für unser

Kurzwaren-Engros-Geschäft

suchen wir für sofort oder später

2 tüchtige Verkäuferinnen

Bracia Schwarz,
Poznań, ul. Wielka 7.

2 Depulaffamilien

mit 2 und mehr Hofgängern sucht Freischulzen gut Röthchen bei Königsberg (Neumark).

Suche zum baldigen Antritt für meinen 18jähr. Sohn (leibend) liebvolles älteres, evgl. Geschlech.

zum Anfangsunterricht und Konversation. Hilfslehrerin oder Kindergartenlehrerin bevorzugt. Familienanschl. Gehalt nach Übereinkunft.

Frau Gutsbesitzer Rodewald

Sokolowo-Budzinski, pow. Chodzież.

Fräulein

zum Anfangsunterricht und Konversation. Hilfslehrerin oder Kindergartenlehrerin bevorzugt. Familienanschl. Gehalt nach Übereinkunft.

Frau Gutsbesitzer Rodewald

Sokolowo-Budzinski, pow. Chodzież.

1 Feuerschmied

1 Kastenmacher

1 Wagenladierer

nur ältere, erste Kräfte

v. ranzt

Wagenfabrik J. MARTIN

Gniezno (Gniezno).

Suche zum 1. April unver-

heitstempeligen

Gutsgärtner

Naumann, Suchorecz,

p. Zalesie, pow. Szubin.

Universal Chauffeur

kann sich melden, außerdem

ein selbständiger

Gärtner

für kleinen Privatbetrieb in

Dauerstellung. Begegnisse und

Gehaltsansprüche an

Grand Café

Brodnica (Pom.). Tel. 26.

Freizeiges, ehrliches

w. äd. hen

für sämtliche Hausarbeiten

gesucht — Gott auch Auf-

wache an für d. Vermietung

Zu m. d. zw. 2-3 Uhr

ul. Venecjańska 2.

Stellenangebote

<h